

GLOBAL



VIEW

Unabhängiges Magazin
der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen
und des Akademischen Forums für Außenpolitik

3 | 2007
3 EURO



Kosten des Klimawandels

Werden Sie Mitglied in der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen!

Die Österreichische Liga für die Vereinten Nationen wurde 1945 als überparteiliche Vereinigung gegründet, um das Interesse für die UNO und ihre Teilorganisationen zu wecken und zu fördern und über die Arbeit der Weltorganisation zu informieren.

Wir laden daher alle international Interessierten ein, Mitglieder der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen bzw. unserer Jugend- und Studierendenorganisation (bis 35 Jahre), dem Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA), zu werden und an unseren vielfältigen Aktivitäten teilzunehmen!

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage!

Österreichische Liga für die Vereinten Nationen
Johannesgasse 2/2/32; A-1010 WIEN
Tel.: +43/1/513 08 37; Fax: +43/1/513 08 37/15
E-Mail: una.austria@afa.at
Webpage: <http://afa.at/una.austria>

Akademisches Forum für Außenpolitik
Johannesgasse 2/2/32, A-1010 WIEN
Tel.: +43/664/233 32 72
E-Mail: austria@afa.at
Webpage: <http://afa.at>



Die Vienna Insurance Group, Österreichs größte Versicherungsgruppe in Zentral- und Osteuropa, hat die Chancen in den Wachstumsmärkten Europas gesehen und genutzt.



Mehr Infos unter www.wienerstaedtische.at

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER 
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

Liebe Leserin! Lieber Leser!



Die UNO Generalversammlung begann am 18. September in New York. Für Ban Ki-Moon war es die erste Generalversammlung in seiner jungen Karriere als UNO Generalsekretär. Die Schwerpunkte decken die wichtigsten globalen Probleme ab. An oberster Stelle steht wohl der Klimawandel. Andere Themen beinhalten Entwicklungsfinanzierung, die Umsetzung der Anti-Terrorismus-Strategie, die Verwaltungsreform und die Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

In einer hochrangigen Konferenz vor der UNO Generalversammlung nahmen berühmte Persönlichkeiten wie Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger teil. Auf Einladung von Ban Ki-Moon sollte die politische Bereitschaft zu den Verpflichtungen im Kampf gegen den Klimawandel gefestigt werden.

Als wichtiger Teil zur Vorbereitung für die Klimakonferenz in Bali kann auch die UNO Klimakonferenz in Wien gesehen werden. Fünf Tage dauerte die Konferenz im Wiener Austria Center. Welche Maßnahmen sollen getroffen werden, welche Instrumente können helfen? Der Direktor der UN Framework Con-

vention on Climate Change (UNFCCC) ist davon überzeugt, dass die Maßnahmen zur Lösung umsetzbar sind.

Im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in Russland sind für die Europäische Union die wirtschaftlichen Beziehungen zum größten Land der Welt ganz besonders wichtig. Hierbei geht es auch darum die Energiesicherheit zu gewährleisten.

Tatarstan ist dabei eine im Westen nicht allzu bekannte Republik in Russland. Der dortige Präsident hat es geschafft, sein Land zu einer weitgehenden Unabhängigkeit zu führen. Dieser Teil der Russischen Föderation ist reich an Öl und hat eine weit entwickelte Industrie. Im Gegensatz zu Tschetschenien hat Tatarstan nie die politische Unabhängigkeit angestrebt. Ein wichtiger Grund weshalb es nie zu einem Konflikt zwischen dem Kreml und Kazan gekommen ist.

Irene B. Stöckl, MA
Chefredakteurin

Impressum Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteurin:** Irene B. Stöckl, MA ■ **Mag. (FH) Klaudia Feurle; Josef C. Ladenhauf; Mag. Cécilia S. Smekal** ■ **Illustration:** Josef C. Ladenhauf ■ **Layout:** Irene B. Stöckl, MA ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: EU Kommission; Letzte Seite: fstopsteve ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717) / Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Autoren



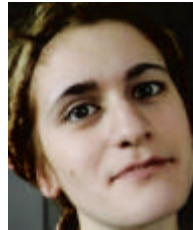
Mag.(FH) **KLAUDIA FEURLE** studierte Internationale Wirtschaft und Management an der Fachhochschule Kufstein. Derzeit studiert sie Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



Mag. **ANDREA LEHNER** studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und an der Karlsuniversität Prag. Nach Abschluss ihres Diplomstudiums 2005 absolvierte sie das Gerichtsjahr und war in Folge ein Jahr lang als Rechtsanwaltsanwältin in einer internationalen Wirtschaftskanzlei tätig. Im Oktober 2007 begann sie das Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften.



CHRISTOPH HARTL studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Wien. Nach einem einjährigen Studienaufenthalt in Warschau und einem Praktikum an der Österreichischen Botschaft ebenda widmete er sich u.a. der Organisation einer AFA-Studienreise nach Polen und seiner Diplomarbeit.



Mag. **CĂCILIA S. SMEKAL** hat Politikwissenschaft studiert. Zur Zeit ist sie als Monitoring Mitarbeiterin beim ORF tätig. Zusätzlich arbeitet sie als Lektorin für die Medienbeobachtung. Sie ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



Mag. **ANDREAS HEUBERGER** studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist freier Mitarbeiter des ORF. Derzeit lebt er in Budapest und studiert dort Internationale Angelegenheiten an der Andrassy Universität. Außerdem ist er als Reiseleiter für das Akademische Reisereferat ARR in Afrika und im arabischen Raum unterwegs.



GREGOR WALDHAUSER ist zur Zeit Vizepräsident des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und organisiert die HISTOMUN. Er ist ein Spezialist für den Nahen Osten. Im AFA unterrichtet er außerdem Rhetorik u.a. als Vorbereitung für den AFA Debattierclub.



Dr. **ALI MOUSSA IYE** is a scholar from Djibouti. He holds a Ph.D. in Political Sciences from the Institute of Political Sciences in Grenoble, France. Before joining UNESCO in 1997, he occupied different positions in his country, as Journalist, Editor-in Chief and Director of Press and Audiovisual.



MICHAEL WILDLING Michael Wildling ist Student der Rechtswissenschaften an der KF Universität Graz und steirischer Projektmanager der "Sustainable Future Campaign".



JOSEF C. LADENHAUF hat Kommunikationswissenschaft studiert und schreibt an seiner Diplomarbeit. Als freier Journalist und Fotograf arbeitet er für das Südwind-Magazin und Die Zeit. Er ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



Dr. **AXEL WÜSTENHAGEN** war von 1972-2003 in der Öffentlichkeitsarbeit der UNO. Er leitete die UNO Informationsdienste in Athen, Wien und Bonn und fungiert seit 1997 als Medienkoordinator der jährlichen Weltklimakonferenzen. Von 1967-1972 war er Generalsekretär der Österr. Liga für die Vereinten Nationen, deren Vorstand er seit 1962 angehört.

Inhalt



UN Photo/Marco Castro

Am 18. September 2007 begann die 62. UNO Generalversammlung in New York. Ein Schwerpunkt ist der Klimawandel. Artikel S.10



Photo: EU Kommission

Russia is important for trade relations with the European Union. Peter Mandelson spoke at the EU-Russia Centre. Article p.42



Photo: Wels Colloquium

The Wels Colloquium discussed the possibilities of the internet for the work of the United Nations. Article p. 50

06 UNO/International

06	Dr. Axel Wüstenhagen	UN Ticker
10	Irene B. Stöckl, MA	UNO Generalversammlung
15	Mag. (FH) Klaudia Feurle	UN Klimakonferenz in Wien
18	Ali Moussa Iye	The Slave Route Project
22	Mag. Cäcilia S. Smekal	Frauen in Algerien
24	Andrea Lehner	Todesstrafe in Japan
26	Irina J. Beikert	Burma
30	Christoph Hartl	Staatenmarketing
32	Josef C. Ladenhauf	Dos&Donts: Jemen
34	Mag. Cäcilia S. Smekal	Kolumne
35	Josef C. Ladenhauf	Kartoon

36 Europa

36	Peter Mandelson	Russia and the EU
42	Gregor Waldhauser	Tatarstan
44	Mag. Andreas Heuberger	Deutschsprachige Universität in Budapest
46	Irene B. Stöckl, MA	300 Jahre Jubiläum Leonhard Euler
48		To the Point: The Treaty of Lisbon

50 Österreich

50	Dr. Michael Platzer	Wels Colloquium
52	Irina J. Beikert	Buchrezension

54 Kultur/Gesellschaft

54	Irene B. Stöckl, MA	Kunstwerke im UNO Hauptquartier
56	Abi Adeyemi	Art Around the Globe: Nigeria to London

58 AFA

58	Stella Szonn & Leila Salehi	Iranreise
60	Irene B. Stöckl, MA	Hernstein
62	Michael Wildling	Sustainable Future Campaign
63	Irene B. Stöckl, MA	People



UN TICKER

Juli - September 2007

von Dr. Axel Wüstenhagen



UNO

Ehrung des ehemaligen UNSG Kofi Annan

Vom 10. - 12. September besuchte der frühere Generalsekretär Kofi Annan auf Einladung der österreichischen Bundesregierung Wien. Zu seinen Ehren wurde der E-Turm im Internationalen Zentrum Wien in "Kofi-Annan-Gebäude" umbenannt. Während seines Besuchs traf Annan mit Bundespräsident Fischer, Bundeskanzler Gusenbauer, Nationalratspräsidentin Prammer und Außenministerin Plassnik zusammen. Bei einer Feier im Wiener Rathaus wurde ihm der Bruno Kreisky-Preis für Menschenrechte verliehen.

UNGA Präsident nennt Prioritäten

Klimawandel, Entwicklungsfinanzierung, die MDGs, Verwaltungsreform und Terrorismusbekämpfung sollten von der Generalversammlung im kommenden Jahr mit besonderem Vorrang behandelt werden, sagte der neue Generalversammlungspräsident Srgjan Kerim, am 18. September zur Eröffnung der 62. Generalversammlung in New York. In seiner Rede rief er die 192 Mitglieder auf, sich für eine Stärkung der Generalversammlung einzusetzen. Globale Herausforderungen verlangten nach multilateralen Lösungen, und die UNO seien das geeignete internationale Forum, um Maßnahmen zu ergreifen.

Unterstützung für Vertrag gegen nuklearen Terrorismus

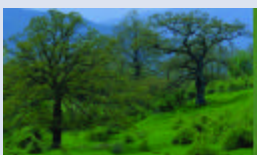
Am Tag vor dem Inkrafttreten der Internationalen Konvention zur Unterdrückung von Akten des nuklearen Terrorismus sagte der Exekutivdirektor des Wiener Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC), Antonio Maria Costa, am 6. Juli die volle Unterstützung seines Amtes für dieses Abkommen zu. UNODC sei das einzige Gremium der Vereinten Nationen mit dem Mandat und der entsprechenden Kapazität, um Mitgliedstaaten vor Ort rechtlich in Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus beraten zu können, betonte Costa. Die Konvention untersagt konkrete Akte des nuklearen Terrorismus und sieht Schutzmaßnahmen vor Anschlägen auf Kernkraftwerke und Atomreaktoren vor.

Opiumhandel Afghanistans bricht Rekorde

Die Opiumproduktion in Afghanistan, die 90% des illegalen Opiummarktes der Welt deckt, hat in diesem Jahr "erschreckende Rekordhöhen" erreicht. Die Hauptanbaugelände liegen im Süden des Landes, wo die vertriebenen Taliban - die einst den Mohnanbau verboten hatten - jetzt vom Drogenhandel am meisten profitieren. Dies geht aus dem Opium-Jahresbericht 2007 hervor, der am 27. August vom UNO Drogenbüro in Wien veröffentlicht wurde. Danach sind die Opiumanbauflächen von 165.000 Hektar im Vorjahr auf 193.000 Hektar ausgeweitet worden. Die Opiumernte dürfte heuer mit 8.200 Tonnen um ein Drittel höher liegen als 2006.

Aus der Arbeit der IAEO

Am 21. September beendete die IAEO die diesjährige Generalkonferenz in Wien. Mehr als 100 IAEO Mitgliedstaaten nahmen an dem 5-tägigen Treffen im Wiener Austria Center teil. Resolutionen über die Stärkung der Arbeit der Atombehörde auf dem Gebiet der Technologie, der Betriebssicherheit und der Sicherheitsüberprüfungen wurden verabschiedet. Während der Konferenz befasste sich ein Wissenschaftsforum mit den globalen Herausforderungen und der Entwicklung der Atomenergie in den nächsten 25 Jahren. In einer Analyse der Bemühungen zur Reduzierung der Gefahren, die von Massenvernichtungswaffen ausgehen, verwiesen zahlreiche Sprecher auf die Auswirkungen globaler Entwicklungen auf die Wirksamkeit des Atomsperrvertrages.



UMWELT

Klimawandel

Eine Runde internationaler Klimagespräche endete am 31. August in Wien mit der Einigung auf wichtige Bestandteile für eine wirksame internationale Antwort auf den Klimawandel. An den "Wiener Klimagesprächen 2007" nahmen mehr als 900 Vertreter von Regierungen, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen teil, um den Weg für die Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember auf Bali zu ebnet. Die Konferenz in Indonesien soll weitere Schritte zum Klimaschutz nach 2012 anstossen. Auch die Umlenkung von Finanzströmen in klimafreundliche Investitionen war Thema der Tagung.

Auf einer von Generalsekretär Ban Ki-Moon einberufenen Sondersitzung der Generalversammlung zum Thema Klimawandel haben Staats- und Regierungschefs aus aller Welt am 24. September den politischen Willen demonstriert, einen Durchbruch in dieser Frage zu erzielen.



KONFLIKTE

Kongo

Kampfhandlungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und andere Gräueltaten im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo haben Mitte Juli Hilfsorganisationen auf den Plan gerufen, die mehr als 10.000 Menschen auf der Flucht helfen müssen. Seit Jahresbeginn sind 163.000 Menschen aus der Provinz Nord-Kivu vertrieben worden; in der Provinz selbst gibt es 650.000 Binnenflüchtlinge.

Am 23. Juli befasste sich der Sicherheitsrat mit der Krise im östlichen Kongo und rief zu einer politischen Lösung der anhaltenden Spannungen auf. Am 10. August verlängerte der Sicherheitsrat, sein gegen die bewaffneten Milizverbände verhängtes Waffenembargo, um weitere sechs Monate.

Am 17. September stellte ein Bericht der UNO Friedensmission MONUC fest, dass Regierungssoldaten der Demokratischen Republik Kongo für die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen des Landes verantwortlich seien. Der Bericht spricht von willkürlichen Hinrichtungen, Vergewaltigungen, Raub und Erpressung, Vergehen, die großteils ungestraft blieben.

Darfur

Am 31. Juli billigte der Sicherheitsrat die Bildung einer gemeinsamen Friedenstruppe der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Darfur, um die anhaltende Gewalt in der sudanesischen Region unter Kontrolle zu bringen. Hunderttausende Menschen sind bei dem Konflikt bereits ums Leben gekommen; zwei Millionen Menschen mussten aus ihren Dörfern fliehen. Die neue Truppe soll rund 20.000 Soldaten und mehr als 6.000 Polizisten umfassen. Ihr Einsatzmandat wurde zunächst auf 12 Monate beschränkt. Die bisherige AU-Mission im Sudan, die seit 2004 in Darfur im Einsatz ist, soll in die neue gemeinsame Friedenstruppe UNAMID integriert werden.

Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen beschuldigte am 21. August sudanesishe Militärverbände und die mit ihnen verbündeten Milizeinheiten schwerwiegender Kriegsverbrechen. Frauen und Mädchen seien von der Armee entführt und als Sexsklaven missbraucht worden. Die UNO Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, forderte die sudanesishe Regierung auf, eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle zu veranlassen.

Iran

Am 13. Juli gab die Internationale Atomenergie Behörde (IAEO) in Wien bekannt, dass sie zu einem Einvernehmen mit den iranischen Behörden über die Durchführung neuer Inspektionen und Sicherheitskontrollen in einigen wichtigen Nuklearanlagen des Landes gekommen sei.

Am 12. September begrüßte IAEO Generaldirektor Mohamed ElBaradei am Rande einer Gouverneursratssitzung der Atombehörde die Zustimmung des Iran zu einem Zeitplan für die Offenlegung aller noch ausstehender Fragen im Zusammenhang mit dem Atomprogramm des Landes. ElBaradei wiederholte dabei seine Forderung nach einer Pause in der Debatte um Urananreicherung und Sanktionen. "Je eher wir von Konfrontation und Misstrauen zu Dialog und Vertrauensbildung übergehen, desto besser für den Iran und für die internationale Staatengemeinschaft", betonte der IAEO Chef.

Libanon

Am 3. August beklagte der Sicherheitsrat den wiederholten Bruch des Waffenembargos entlang der libanesisch-syrischen Grenze, die Wiederbewaffnung der Milizen im Libanon sowie zunehmende Verletzungen des libanesischen Luftraums durch Israel. Der Rat rief daher neuerlich alle Seiten zur vollen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf, um einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen.

Am 24. August verlängerte der Rat das Einsatzmandat der Interimstruppe der UNO im Libanon (UNIFIL) um ein weiteres Jahr. Alle Parteien in der Region müssten ihren Teil dazu beitragen, dass die Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Israel und der Hizbollah im vergangenen Jahr zu einer dauerhafteren Lösung führen könne, betonte der Rat.

Irak

UNO Generalsekretär Ban Ki-Moon hat am 10. August eine neue Sicherheitsratsresolution über die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen im Irak begrüßt. Damit könne die Weltorganisation einen noch besseren Beitrag zur nationalen Versöhnung, zum regionalen Dialog, zur humanitären Hilfe und zum Menschenrechtsschutz leisten. Die Hilfsmision der Vereinten Nationen im Irak war 2003 eingesetzt worden.



Afghanistan

Am 20. September verlängerte der Sicherheitsrat, die von der NATO geführte internationale Sicherheitstruppe in Afghanistan (ISAF), um weitere 12 Monate. Bei der Abstimmung enthielt sich die Russische Föderation der Stimme; alle anderen 14 Ratsmitglieder billigten die Verlängerung. Nach der Vertreibung des Taliban-Regimes durch Einheiten unter Führung der Vereinigten Staaten, war die Truppe Ende 2001 mit dem Auftrag eingesetzt worden, den afghanischen Übergangsbehörden bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu helfen.

Somalia

Der Sicherheitsrat verlängerte am 20. August die von der Afrikanischen Union geführte Mission in Somalia (AMISOM) um sechs Monate und sprach sich für weitere Planungen eines möglichen Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen in dem Land aus. Die AMISOM war im Februar unter Berufung auf Kapitel VII der UNO Charta mit dem Auftrag eingesetzt worden, Dialog und Versöhnung in Somalia zu fördern. Die Truppe soll für die Bewegungsfreiheit, die sichere Passage und den Schutz aller am Friedensprozess beteiligten Personen sorgen.

Präsident Bush für eine starke UNO

US-Präsident George W. Bush trat am 25. September vor der Generalversammlung für eine "starke und lebensfähige" Organisation der Vereinten Nationen ein, die in der Lage ist, die gemeinsamen Ziele des Weltforums und seines Gastgeberlandes zu verwirklichen. Diese reichten von der Bekämpfung globaler Epidemien bis zur Unterbindung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Befassung mit dem Klimawandel.

Gipfeltreffen des Global Compacts

Hunderte Wirtschaftsführer, die am zweiten Gipfeltreffen des Global Compacts der Vereinten Nationen in Genf teilnahmen, haben am 6. Juli in eine umfassende Erklärung über die bessere Beteiligung der Völker der Welt an den Nutzen der Globalisierung angenommen und darin die Einhaltung grundlegender arbeitsrechtlicher, menschenrechtlicher und ökologischer Normen sowie internationaler Standards gegen Korruption zugesagt. In der Erklärung wird zum dringenden Handeln aufgerufen, denn "Armut, unausgewogene Einkommensverteilung, Protektionismus und fehlende menschenwürdige Arbeitsplätze stellen eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der Märkte dar".

Erklärung über die Rechte indigener Völker

Nach mehr als 20-jährigen Beratungen hat die UNO Generalversammlung am 13. September eine Erklärung über die Rechte der rund 370 Millionen Menschen zählenden indigenen Völker angenommen und deren Diskriminierung untersagt. 143 Mitgliedstaaten stimmten für die Erklärung, elf enthielten sich der Stimme und vier Länder (Australien, Kanada, Neuseeland und die USA) votierten gegen den Text. Die nicht rechtsverbindliche Erklärung legt individuelle und kollektive Rechte der indigenen Völker, sowie ihr Recht auf ihre eigene Kultur, Identität und Sprache fest und befasst sich mit Fragen der Beschäftigung, Gesundheit und Bildung.

Forum für Entwicklungszusammenarbeit

Das am 5. Juli in Genf ins Leben gerufene Forum für Entwicklungszusammenarbeit soll vor allem die gemeinsamen Ziele der Bekämpfung der Armut voranbringen und die globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung stärken, erklärte UNO Generalsekretär Ban Ki-Moon vor der hochrangigen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC). Die Gründung des Forums geht auf eine Initiative der Staats- und Regierungschefs auf dem Weltgipfel 2005 zurück. Es soll alle zwei Jahre im Rahmen der hochrangigen Tagungen des ECOSOC, erstmals 2008 in New York, zusammentreten. In dem Forum werden Organisationen der Vereinten Nationen, die Zivilgesellschaft, Parlamente, die Privatwirtschaft und die wissenschaftliche Forschung mitwirken.

Vertreter der Weltbank, des IMF, der EU Kommission, der AU, der Afrikanischen Entwicklungsbank, der UNO Entwicklungsgruppe unter der Leitung des UNDP, sowie die Islamische Entwicklungsbank trafen Mitte September zusammen, um die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara zu beraten. Keines dieser Länder wird auch nur eines der ambitionierten Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 erreichen. Mit dieser Initiative will UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon im Kampf gegen Armut, Hunger, Krankheiten und Analphabetentum in diesen Ländern neue Akzente setzen.

Ausstellung über Wien und die Vereinten Nationen

Der Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), Antonio Maria Costa, eröffnete am 25. September 2007 eine Fotoausstellung über Wien und die Vereinten Nationen am Sitz der Vereinten Nationen in New York. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Geschichte der Vereinten Nationen in Wien, der Arbeit der Wiener UNO Organisationen und die Rolle Österreichs in der UNO. Gemeinsame Projekte der Stadt Wien und der Vereinten Nationen wurden dabei ebenso gezeigt wie bedeutende UNO Konferenzen, Treffen und Feierlichkeiten in Wien. Wien ist die einzige Stadt in der Europäischen Union, die einen der vier Hauptsitze der Vereinten Nationen beherbergt.

Kosovo

Die Fortschritte des Kosovo beim Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und demokratischer Institutionen der Selbstregierung seien durchaus eindrucksvoll, könnten aber in sich zusammenbrechen, falls die Zukunft der serbischen Provinz ungelöst bleibe, erklärte UNO Generalsekretär Ban Ki-Moon Anfang Juli in seinem jüngsten Bericht über die Arbeit der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Am 1. August begrüßte der Generalsekretär die Bildung einer aus der Europäischen Union, der Russischen Föderation und den USA gebildeten Troika für weitere Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo. Der gegenwärtige Zustand sei nicht haltbar. Die internationale Staatengemeinschaft müsse eine Lösung finden, die den Interessen aller im Kosovo lebenden Gemeinschaften Rechnung trage.

Vor der Generalversammlung wiederholte der serbische Präsident Boris Tadic am 27. September, dass Serbien eine Unabhängigkeit des Kosovo nach wie vor ablehne. Er schlug als Kompromiss eine autonome Entwicklung der albanischen Mehrheit in der Provinz vor. Albaniens Ministerpräsident Sali Berisha sagte dazu noch am gleichen Tag, die einzige Option für den Kosovo, die dauerhaften Frieden und Stabilität für die Region bringe, sei die völlige Unabhängigkeit der serbischen Provinz. Nur diese würde dem erklärten Willen ihrer Bürger entsprechen und keinen Präzedenzfall für Autonomiebestrebungen anderer Regionen schaffen.

Zentralafrikanische Republik

Am 3. Juli hat der Sicherheitsrat die Regierung der Zentralafrikanischen Republik aufgefordert, mit den Oppositionskräften und zivilgesellschaftlichen Gruppen des Landes in einen Dialog einzutreten, um der anhaltenden Gewalt und Instabilität entgegenzutreten. Am 25. September billigte der Rat die Einsetzung einer "multidimensionalen Präsenz" im Nordosten des Landes sowie im benachbarten Tschad zum Schutz der Zivilbevölkerung und der humanitären Versorgung von Tausenden Menschen, die auf Grund der Unsicherheit in der Region vertrieben wurden. Auch militärische Einheiten aus der Europäischen Union sollen dabei mitwirken. Hauptziel des Einsatzes ist es, sichere Bedingungen für eine freiwillige und nachhaltige Rückkehr der Flüchtlinge zu schaffen.

Äthiopien/Eritrea

Am 30. Juli verlängerte der Sicherheitsrat das Einsatzmandat der UNO Friedenssicherungsmission in Äthiopien und Eritrea um sechs Monate und äußerte Besorgnis über die anhaltenden Spannungen zwischen den beiden Ländern. Die UNO Truppe überwacht die Einhaltung eines Waffenstillstands, der im Jahr 2000 zur Beendigung eines Grenzkrieges zwischen Äthiopien und Eritrea abgeschlossen worden war. Wiederholte Verletzungen der temporären Sicherheitszone entlang der Grenze durch beide Seiten haben zu Verzögerungen bei der endgültigen Festlegung des Grenzverlaufs und einer instabilen Sicherheitslage geführt.

Naher Osten

Das diplomatische Nahostquartett, dem die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten angehören, hat am 19. Juli den Vorschlag von US-Präsident George Bush zu einem internationalen Treffen im Herbst unterstützt. An der Sitzung in Lissabon nahm auch der Vertreter des Quartetts für den Nahen Osten, Tony Blair, teil. Als zentrale Fragen für die Schaffung eines stabilen und blühenden palästinensischen Staates auf der Westbank und in Gaza, der alle Palästinenser vereint und ein Leben in Frieden und Sicherheit mit Israel und seinen anderen Nachbarstaaten ermöglicht, wurden Reformen, wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung stabiler Verwaltungseinrichtungen angesehen.

In einem Bericht des UNO Büros für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) zur Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten wird Ende August beklagt, dass rund 40% der Westbank durch israelische Infrastrukturmaßnahmen wie Siedlungen, militärische Stützpunkte und Sperrgebiete, oder Naturschutzzonen beansprucht werden, die die Bewegungsfreiheit der Palästinenser maßgeblich beeinträchtigen. Durch die Verbindung der Siedlungen mit einem dichten Straßennetz, dessen Benutzung den Palästinensern verwehrt wird, werde die Westbank in Dutzende kleine Enklaven unterteilt, was negative Auswirkungen auf das soziale und wirtschaftliche Leben der Palästinenser habe, betont der Bericht.



UNO gegen Klimawandel & Co.

Von 18. September bis 18. Dezember 2007 findet der Hauptteil der 62. UNO Generalversammlung statt. Schwerpunkte reichen von Klimawandel bis zur UNO Verwaltungsreform. **Text** Irene B. Stöckl

Laut den offiziellen Regeln wurde bereits nach der Wahl des Präsidenten der 62. UNO Generalversammlung im Juni 2007 über die Schwerpunktthemen für die diesjährige Sitzung entschieden. Diese Themen wurden von UNO Generalsekretär Ban Ki-Moon und dem designierten Präsidenten Dr. Srgjam Kerim ausgewählt. Die Hauptthemen für die heurige Generalversammlung bilden der Klimawandel, Entwicklungsfinanzierung, die Umsetzung der Anti-Terrorismus-Strategie, die UNO Verwaltungsreform und die Umsetzung der Maßnahmen zu Erreichung der international vereinbarten Millenniums-Entwicklungsziele.

Die Generaldebatte

Obwohl die Generaldebatte stets für neun Werkstage angesetzt ist, wurde beschlossen, sie heuer auf sieben Tage zu beschränken. Grund dafür war der im Anschluss stattfindende hochrangige Dialog über interreligiöse und interkulturelle Verständigung und Zusammenarbeit von 4. bis 5. Oktober.

Die Generaldebatte begann am Dienstag, den 25. September 2007. Während dieser Zeit bekamen die höchsten Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten die Möglichkeit sich zu jedem Thema, das für die Generalversammlung relevant ist, zu äußern. Eröffnet wurde die Debatte wie jedes Jahr durch die Ansprache des UNO Generalsekretärs. Zum ersten Mal durfte diese Ban Ki-Moon halten. Dabei legte er besonderen Schwerpunkt auf das Konzept "A Stronger United Nations for a Better World". Internationale Krisenherde wie in Darfur, Irak, Afghanistan und vielen anderen Ländern sowie die Auswirkung von Naturkatastrophen könnten nur von der interna-

tionalen Staatengemeinschaft und mittels Multilateralismus gelöst werden. Dabei sei ihm die UNO Reform und der Hauptaugenmerk auf Resultate, die die UNO erzielt, von besonderer Wichtigkeit. Jedoch benötige diese Reform Geduld, Ausdauer und Courage. Für ihn sei klar, dass nun die Zeit für die Vereinten Nationen und Multilateralismus spricht.

Zuerst Lula dann Bush

Als erster Staatenvertreter nahm der brasilianische Präsident Lula da Silva die Möglichkeit vor der internationalen Staatengemeinschaft zu sprechen in Anspruch. Nach seiner Rede betrat Präsident George W. Bush das Podium. Sicherlich einer der ersten großen Highlights auf der Rednerliste. Am Anfang seiner Rede machte er auf die im nächsten Jahr stattfindenden Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen der Menschenrechtskonvention aufmerksam. Sodann ging er jedoch in medias res. Für ihn und die Vereinigten Staaten sei es vor allen Dingen wichtig, dass alle Menschen frei leben könnten und dass sie nicht unter Tyrannei und Gewalt leiden müssten. Dabei sprach er auch besonders, die im Vorfeld der UNO Generalversammlung ausgebrochenen Unruhen in Burma an. Die Militärjunta regiere bereits seit 19 Jahren ein Land mit Gewalt und Unterdrückung. Präsident Bush betonte aber zum Abschluss seiner Rede, dass für ihn und sein Land die Vision, die Welt in eine Zeit zu führen, wo alle gleich gestellt seien, umsetzen würden. Diese Meinung wurde jedoch von, dem am Nachmittag des selben Tages auftretenden iranischen Präsident Ahmadinejad bei Weitem nicht geteilt: Für ihn sei klar, dass die derzeit schlechte Lage in unserer Welt darauf

Ban Ki-Moon bei seiner ersten Eröffnungsansprache zur Generaldebatte bei der UNO Generalversammlung am Dienstag, 25. September 2007.

zurückführen zu sei, da die Big Powers nicht in der Lage wären, die heutigen Probleme zu lösen. Seine Hauptangriffspunkte waren die Zerstörung der Familie als Institution; die Verletzungen der Menschenrechte und die Verbreitung von Terrorismus; Aggressionen gegen indigene Völker und nationale Werte; Armut, Analphabetentum, Gesundheitsthemen und die Kluft zwischen Armen und Reichen, und der geschwächte Status von Frauen in der Gesellschaft. Die Frau sei nicht mehr als eine Zielscheibe von Ausbeutung und ist zu einem minderwertigen Objekt der Medien geworden.

Die doch etwas kontroversen Ansichten des iranischen Präsidenten wurden sicherlich nicht von allen Teilnehmern der Generalversammlung geteilt. Immerhin verfolgte Ahmadinejad einen etwas anderen Zugang zu diesen global wichtigen Themen als so manch anderer Regierungsvertreter.

Plassnik spricht vor Generalversammlung

Für Österreich sprach am Freitag, den 28. September Außenministerin Dr. Ursula Plassnik vor der Generalversammlung. Die Rede fand während der Nachmittagsitzung statt. Am Anfang ihrer Rede sprach sie sich ganz besonders für das Stoppen der Gewalt in Burma aus. Dabei war ihr die verstärkte Rolle der Frauen im politischen Entscheidungsprozess wichtig. In diesem Zusammenhang sagte sie, dass Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi frei zu lassen sei.

Für Österreich sei Multilateralismus und das Konzept der globalen Partnerschaft von entscheidender Bedeutung. Sie rief zu einem Neustart für einen effizienten Multilateralismus auf. Klimawandel, Abrüstung und gefährliche Technologien seien nur drei Beispiele, bei denen die internationale Staaten-

gemeinschaft zu gemeinsamen Handeln aufgerufen sei.

Klimawandel gefährde vor allen Dingen Small Island Developing States. Abrüstung ist ein Kernbereich im Kampf gegen die Verbreitung von Nuklearwaffen. Dafür sei es wichtig sämtliche Kompetenzbereiche im nuklearen Brennstoffzyklus der Internationalen Atomenergiebehörde zu überlassen. Um diesen Punkt ganz besonders zu unterstreichen hielt Frau Dr. Plassnik am Dienstag vor ihrer Ansprache vor der UNO Generalversammlung gemeinsam mit dem Exekutivsekretär der Preparatory Commission for the Comprehensive Text Ban Treaty Organization (CTBTO) Tibor Tóth eine Pressekonferenz in New York.

Gerade für kleinere Länder wie Österreich sei das Völkerrecht nicht einfach eine Wahl, sondern eine Notwendigkeit. Deshalb unterstütze Österreich auch die neu gegründete >>



Österreichische Außenministerin spricht sich bei UNO Generalversammlung für den Multilateralismus aus

Porträt: Srgjan Kerim

Am 24. Mai 2007 wurde Dr. Srgjan Kerim aus Mazedonien zum Präsidenten der 62. UNO Generalversammlung gewählt.

"Exercising the authority of President of the General Assembly requires investing every effort to live up to the ideals and values of the United Nations", sagt Srgjan Kerim in seiner Rede zur Annahme der Wahl zum Präsidenten der 62. Generalversammlung.

Dr. Kerim ist 59 Jahre alt und ein erfahrener Diplomat, Wirtschaftsexperte, Universitätsprofessor und Geschäftsmann. Zuletzt war er als General Manager der WAZ Gruppe für Südosteuropa in Wien tätig. Seine diplomatische Karriere begann er als Botschafter in Deutschland (1994 - 2000), wo er von 1995 bis 2000 auch für Liechtenstein und die Schweiz verantwortlich war. Davor war bereits von 1986 bis 1989 in Jugoslawien Minister für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen der Republik Mazedonien. Schließlich wurde Dr. Kerim Außenminister der Republik Mazedonien (2000 - 2001).

Die Wahl

Die Wahl des Generalversammlungspräsidenten erfolgt durch die Generalversammlung selbst. In Regel Nr. 30 der Rules of Procedure wird diese Wahl nicht nur ausführlich erklärt, sondern auch besonders darauf hingewiesen, dass auf geografische Rotation des Präsidentenamts zu achten sei. Nach Haya Rashed Al-Khalifa aus Bahrain 2005/2006 wurde für 2006/2007 ein Repräsentant aus Südosteuropa gewählt. Den Präsidenten unterstützen 21 Vize-Präsidenten,

von denen sechs aus afrikanischen Staaten, fünf von asiatischen, einer aus Osteuropa, drei aus Lateinamerika, zwei aus Westeuropa und fünf von den ständigen Mitgliedern des UNO Sicherheitsrates stammen sollen. Ist der Präsident bei einer Sitzung abwesend, wird er von einem seiner Vizepräsidenten vertreten.

Diskussionsleiter von 192 Mitgliedstaaten

Der Präsident der UNO Generalversammlung hat nun die Aufgabe die Diskussion von 192 Mitgliedstaaten zu leiten. In diesem Gremium hat jedes Land eine Stimme. Aus diesem Grund wurde die Generalversammlung in der Vergangenheit als ineffizienter "Talking Shop" kritisiert.

Srgjan Kerim zeigt jedoch wenig Geduld mit veralteten, ineffizienten Strukturen. "I asked them to open the door for me because I wanted to breath fresh air, which is natural because I'm a human being, not a robot, and then they told me they cannot open it because it is corroded", sagt Dr. Kerim gegenüber UNO Korrespondentin Laura Trevelyan von BBC News am 8. November 2007. Seither ist die Tür geöffnet. Obwohl nur ein kleines Detail am Rande, repräsentiert dieser Umstand für den neuen Generalversammlungspräsidenten die eingerosteten Denkstrukturen der Organisation.



UN Photo/Marco Castro

Dr. Srgjan Kerim bei der Eröffnung der 62. UNO Generalversammlung am 18. September 2007.

Reform der UNO Institutionen

Deshalb wird er sich für die Reform des Sicherheitsrates einsetzen. Für Srgjan Kerim macht Reform auch nur dann Sinn, wenn gleichzeitig die Transparenz erhöht wird. Zur Zeit ist Europa im Sicherheitsrat überrepräsentiert, während andere Kontinente kaum bis gar nicht mitreden können. Dieses Ungleichgewicht sollte aufgehoben werden. Jedoch warnt er vor zu viel Enthusiasmus. Eine Einigung auf eine Sicherheitsratsreform wäre wahrhaftig ein historischer Meilenstein in der Reform der Vereinten Nationen.

Multilateralismus als einzige Lösung

Allerdings macht Dr. Kerim auch auf die Schwerpunkte der heurigen Generalversammlung aufmerksam. Für ihn steht in jedem Fall fest, dass nur Multilateralismus zur Lösung der prekärsten Probleme unserer Zeit beitragen kann. Im Endeffekt überschreiten diese Probleme Landesgrenzen und können deshalb nur in einer Organisation wie den Vereinten Nationen gelöst werden. Dass vergangene Versuche bis dato gescheitert sind hängt aber nicht immer nur mit dem System zusammen, sondern leider sehr oft mit der mangelnden politischen Bereitschaft der einzelnen Mitgliedstaaten. Letzlich müssen aber alle an einem Strang ziehen.

Rule of Law Unit.

Genauso wie Präsident George W. Bush, sprach auch sie das 60-Jahr Jubiläum der universellen Menschenrechtskonvention an. Zum Abschluss ihrer Rede warb sie für die Kandidatur Österreichs als ständiges Sicherheitsratsmitglied für 2009 - 2010.

Die Generaldebatte der UNO Generalversammlung schloss gegen frühen Nachmittag am Mittwoch, den 3. Oktober. Bereits am Montag vor der Generaldebatte fand am 24. September ein High-Level Event zum Thema Klimawandel statt.

Mittelpunkt Klimawandel

Eines der Schwerpunktthemen für UNO Generalsekretär Ban Ki-Moon ist der Klimawandel. Die Lösung dieses Problems ist nur auf multilateraler Ebene möglich. Denn, Klimawandel kennt keine Landesgrenzen. Mehr als 150 hochrangige Regierungsvertreter, darunter über 70 Staats- und Regierungsoberhäupter, trafen sich aus diesem Anlass am 24. September auf Einladung von Ban Ki-

Moon im Plenarsitzungssaal der UNO Generalversammlung. Diese hochrangige Veranstaltung sollte die politischen Weichen für die Klimaverhandlungen auf Bali vom 3. bis 14. Dezember stellen.

Der Diskussionsleiter dieses Treffens war kein Geringerer als der UNO Generalsekretär selbst. Einer der wohl bekanntesten Vertreter war Arnold Schwarzenegger, Gouverneur von Kalifornien. Der Bundesstaat des ehemaligen Kinohelden gilt als eines der Vorzeigobjekte im Kampf gegen den Klimawandel. Auch wenn die USA selbst das Kyoto-Protokoll nicht unterschrieben haben, werden die meisten Initiativen auf lokaler Ebene umgesetzt.

Am Ende des Treffens fasste Ban Ki-Moon die Ergebnisse in einem Bericht zusammen und stellte in enier Abschlussrede vor. Der UNO Generalsekretär war in seiner Ansprache mit der eintägigen Veranstaltung mehr als zufrieden. Sogar die ärmsten Ländern hätten sich dazu bereit erklärt, ihre Umwelt nicht ihrem Wirtschaftswachstum zu opfern.

In Brief

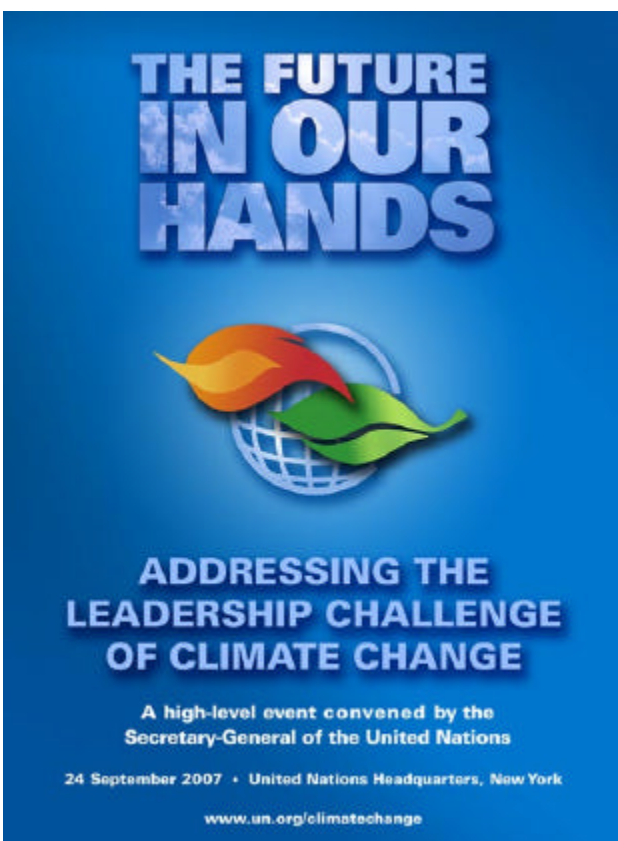
Alle 192 Mitgliedstaaten sind in der UNO Generalversammlung vertreten. Jedes Jahr bietet sie ein Forum für multilaterale Diskussionen über eine Vielzahl internationaler Themen und Fragen. Dabei hat jedes Mitglied eine Stimme.

Obwohl die Generalversammlung nur unverbindliche Empfehlungen abgeben kann, hat sie in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen getroffen, die dem Wohl der Menschen dienen. Eines der größten Meilensteine war die Verabschiedung der Millenniumserklärung, die in konkreten Zielen (Millenniumsziele) unter anderem Frieden, Beseitigung der Armut und den Schutz der Umwelt erreichen soll.

Der Generaldebatte am Beginn der Generalversammlung folgt die Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkten in den, für die verschiedenen Sachthemen zuständigen sechs Hauptausschüssen. Die erarbeiteten Resolutionen werden dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt.

Die Anpassung an den bevorstehenden und bereits stattfindenden Klimawandel sei wichtig. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass die Ursprünge des Problems bekämpft werden sollte. "The world needs a technology revolution", so einer der Teilnehmer. Genau diese Aussage griff Ban Ki-Moon in seiner Rede auf. Diese Technologierevolution sollte zu einem nachhaltigen Energiesystem mit höherer Energieeffizienz führen.

Als eine der größten Herausforderungen bleibt die Finanzierung der Maßnahmen gegen den Klimawandel. Höhere Ausgaben werden notwendig sein. Allerdings müssten auch bereits zugesagte Finanzierungsmodelle in die Realität umgesetzt werden. Das Modell der Clean Development Mechanism (CDM) sollte stärker ausgebaut werden. Diese hochrangige Veranstaltung war in den Augen von Ban Ki-Moon nicht ein Treffen der Verhandlungen sondern ein Ausdruck des politischen Willens auf höchster Ebene. Damit eine Einigung über den Post Kyoto-Prozess mit Ende 2012 in Kraft treten kann. <<



Einen Tag vor der Generaldebatte fand im Plenarsaal der Generalversammlung ein hochrangiges Treffen zum Thema Klimawandel statt.



Mehr als Emissionsreduktion

158 Staaten verhandelten während der UNO Klimakonferenz in Wien zwischen 27. und 31. August, wie der globale Klimawandel in Zukunft zu bekämpfen ist. **Text** Klaudia Feurle

Klimawandel betrifft uns alle. Manche mehr und manche weniger. Für den kleinen, pazifischen Inselstaat Tuvalu ist Klimaschutz zur selbsterhaltenden Tätigkeit geworden. Die Insel, die über 10.000 Menschen beheimatet, befindet sich nur knapp zwei Meter über der Meereshöhe und wird laut Studien in etwa 30 Jahren im Ozean versinken, wenn das Meer auf Grund der Klimaerwärmung im selben Tempo weiter ansteigt wie die letzten Jahre. Für Tuvalu geht es also nicht nur um Emissionsreduktionen, für Tuvalu geht es schlicht ums Überleben. Und Tuvalu ist nicht alleine. Für die Umweltminister aus Kap Verde und Lesotho etwa, die auch bei den Wiener Klimagesprächen anwesend waren, geht es ebenso um die Existenz ihrer Staaten. Sie sind als bergreicher Agrarstaat mitten in Südafrika, beziehungsweise als Inselstaat vor der westafrikanischen Küste, massiv vom Klimawandel betroffen. Und das, obwohl sie selbst nichts zu diesem negativen Wandel beigetragen haben.

Fast eintausend Experten aus Industrie und Wirtschaft, von Umweltorganisationen und Forschungseinrichtungen, sowie die Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) nahmen Ende August an der

5-tägigen Klimakonferenz in Wien teil und versuchten weitere globale Maßnahmen für den Klimaschutz festzulegen. Auf der Tagesordnung standen die Ausweitung der bestehenden Klimaabkommen, notwendige Anpassungsmaßnahmen, die Finanzierung von diesen Maßnahmen sowie der weltweite CO₂-Handel. Die Ergebnisse der Klimagespräche sollen Wegbereiter für die UNO Klimakonferenz in Bali sein, die im Dezember stattfindet. Und Bali ist sehr entscheidend für die weitere Vorgehensweise im weltweiten Klimaschutz. Auf der indonesischen Insel soll ein Verhandlungsfahrplan zur Treibhausgasreduktion für die zweite Phase des Kyoto-Protokolls im Konsens der Vertragsstaaten entschieden werden, denn das bisherige Kyoto-Protokoll läuft 2012 aus.

Wo drückt der Schuh?

Obwohl immer alarmierender werdende wissenschaftliche Studien schon fast den Weltuntergang prophezeien, entstehen Regierungsmaßnahmen zum Klimaschutz nur im Schnecken tempo, wenn überhaupt. Oft besteht noch zuwenig (wirtschaftliche) Anreize, um Maßnahmen umzusetzen. Aber auch bestehende Abkommen werden oft nicht eingehalten, denn Sanktionsmechanismen

existieren nicht.

Die "Big Emittents" und hoch industrialisierten Länder wie die Vereinigten Staaten sind bis jetzt dem Kyoto-Protokoll nicht beigetreten. Aber auch andere Länder ziehen Wirtschaftswachstum im Moment dem Umweltschutz noch vor. Besonders Schwellenländer wie China, Brasilien, Indien und auch Russland sind große Treibhausgas-Emittenten geworden, die verantwortlich gemacht werden müssen. Mittellose Entwicklungsländer sollten ebenso im Klimaschutz gefordert, aber nicht überfordert werden. Außerdem sollten Klimaschutzverpflichtungen die Entwicklungsländer nicht an ihrer industriellen Entwicklung hindern.

Und nicht zu vergessen, die Urwälder in anderen Regionen, wie etwa in Sibirien oder am Amazonas. Ihre Funktion ist das Weltklima zu regeln, deshalb müssen sie geschützt werden. Die Probleme sind vielseitig, übergreifend und komplex und benötigen dementsprechend umfassende Lösungsansätze. Das ökologische Langfristziel: Es soll auf der Erde höchstens zwei Grad heißer sein als vor der Industrialisierung, fordert einiges an Kreativität, um in Zukunft eingehalten werden zu können.



Bei einer Pressekonferenz erklärt UNFCCC Executive Secretary Yvo de Boer, dass die Maßnahmen zur Lösung des Problems Klimawandel umsetzbar sind.

Photo: <http://www.iisd.ca>

Steiniger Weg zum Ziel

In Wien wurden Emissionsreduktionspotentiale zur Bekämpfung des Klimawandels untersucht. Besonders für das neue Kyoto-Protokoll nach 2012 sollen Industriestaaten neue Beschränkungs- und Reduktionsverpflichtungen auferlegt werden. Die Staatenvertreter waren sich einig, dass ein zukünftiges, wirksames und langfristiges Klimaschutzregime verbindlicher und schärfer werden muss. Konkrete Zahlen lösten allerdings Streitgespräche aus. Potentiale und Möglichkeiten in Bezug auf Energieeffizienz und CO₂-Reduktion wurden ebenso bei neuen Technologien analysiert. Investitionsflüsse und Finanzierungsmodelle waren ein weiterer bedeutsamer Tagesordnungspunkt bei den Wiener Klimagesprächen. Ohne sie sind Strategien gegen den Klimawandel nicht realisierbar. Laut Finanz- und Umweltexperten müssen besonders traditionelle Investitionen auf klimafreundlichere und klimaresistente Alternativen umgelenkt werden, damit

die Emissionen nicht weiter ansteigen.

Die Expertenkommission der UNO Klimakonferenz einigte sich mit den Industriestaaten, bis 2020 eine globale CO₂-Reduktion um 25 bis 40% gegenüber dem Jahr 1990 zu erreichen, denn nur dann können laut Berichten des UNO Klimarates (IPCC) die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels verhindert werden.

Die USA als Hardliner in der Klimaschutzpolitik haben ihre bisherige Politik auch in Wien weiterverfolgt und versuchten den Klimaschutzprozess zu unterminieren. Noch darf allerdings die Hoffnung nicht aufgegeben werden, dass auch der amerikanische "Big Emitter" verbindlich in den Post-Kyoto-Prozess integriert wird.

Ein weiteres Resultat der Wiener Klimagespräche ist die UNO Empfehlung für Atomenergie, die als CO₂-frei gilt. Empfehlungen wie diese klingen im ersten Moment etwas kontrovers und sind es Wert, etwas genauer unter die Lupe genommen zu werden.

In Brief

Kyoto-Protokoll: Das momentane Kyoto-Protokoll stellt das Ergebnis der UNO Klimarahmenkonvention von 1997 in Kyoto dar, trat mit Februar 2005 in Kraft und hat heute insgesamt 175 Mitgliedstaaten.

Im Kyoto-Protokoll wird für alle Industriestaaten zwischen 2008 und 2012 eine jährliche Treibhausgas-Reduktion von durchschnittlich 5,2% gegenüber dem Jahr 1990 festgeschrieben.

Das Protokoll etablierte weiters 3 flexible Mechanismen, um diese Ziele kosteneffizient zu erreichen: ein Emissionsrechtehandel-System, die "Joint Implementation" - Gemeinsame Implementation von Emissionsreduktionsprojekten zwischen Ländern und den "Clean Development Mechanism", der es Industrieländern zum Teil erlaubt, Emissionsreduktionsprojekte in Entwicklungsländern zu implementieren, anstatt selbst Emissionsreduktionen durchzuführen.



Der Schnee am Kilimandscharo - Opfer des weltweiten Klimawandels

Atomkraft zur Rettung des Weltklimas

Da CO₂ der Hauptverursacher für die globale Erwärmung darstellt, sind CO₂-freie Alternativen sehr gefragt. Kernenergie hat den Vorteil, dass sie kein CO₂ bei der Stromerzeugung ausstößt. Sehr wohl aber beim Bau und beim Entsorgen von Atomkraftwerken, sowie auch bei der Ursansuche.

Global gesehen kommen aber nur etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen von der Elektrizitätsversorgung. Von Atomkraftwerken wurden bis jetzt nur etwa sechzehn Prozent des gesamten Strombedarfs erzeugt. Dies bedeutet, dass tausende neue Atomkraftwerke gebaut werden müssten, falls man mit Atomenergie zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen einen relevanten Beitrag leisten möchte. Hinzu kommt die lange Bau- und Planungszeit von Atomkraftwerken. In Anbetracht der Tatsache, dass das Kyoto-Protokoll schon 2012 abläuft, würden die Auswirkungen der Atomkraftwerke auf das Kli-

ma erst spät, wenn nicht zu spät eintreten. Außerdem wären mit einem massiven Ausbau von Kernenergie große Risiken für die Umwelt verbunden. Bis dato sind viele Fragen der Sicherheit, sowie der Endlagerung ungelöst. Von einer globalen und effizienten Lösung für das Weltklima durch Atomkraft kann also nicht unbedingt gesprochen werden auch wenn die Tatsache der CO₂-freien Energie verlockend klingt.

UNO als geeignetes Forum

In Bezug auf Klimaschutz kann sich heute kein Staat mehr seiner Verantwortung einseitig entziehen oder im nationalen Alleingang handeln. Glücklicherweise einigten sich die führenden Industrienationen schon beim vergangenen G8-Gipfel in Heiligendamm, dass die UNO das am besten geeignete Forum sei, um Zukunftsaktionen im Klimaschutz zu verhandeln.

Die fünf Tage Klimagespräche in Wien war ein weiterer Baustein zu zukünftigem Klima-

schutz und kann nicht nur als inhaltslose Verhandlungen bezeichnet werden. Wichtige Grundlagen für die Klimakonferenz in Bali wurden erarbeitet, Potentiale und Möglichkeiten wurden untersucht und analysiert, aber auch für Bali bleibt noch genug Diskussionsstoff.

Vor allem Tuvalu, Lesotho, Kap Verde und ähnlich betroffene Staaten werden weitere Maßnahmen im Klimaschutz fordern, denn für sie geht es um weit mehr als um Emissionsreduktionen. Für sie geht es um Sein oder Nichtsein. <<

The Slave Route Project

From the Duty to Remember to the Right to Remember? Relationships to tragic past and notably to crime of history have become a subject of debate in modern societies. **Text** Ali Moussa Iye

This question has become even more pressing now that the management of collective memory ceased to be the preserve of State ideologists and now involves all the disciplines of humanities and social sciences, for which it has become both an object of study and an area of intervention. Furthermore, literature, music and cinema have all drawn on these tragedies of the past in order to shed light on obscure chapters of history, which have been overlooked in national narratives.

Even though the reflections on the "duty to remember" were in large part developed following the Second World War, the tragedy of the slave trade and slavery has only recently been brought into the debate. Neglected by those who contributed to these reflections, it was left to other specialists and treated as a separate matter, which did not raise the same ethical and political questionings. However, had this tragedy been taken into account, it would have enriched the debate on

the notion of "duty to remember" and reinforced the universality of the concepts developed and the responses given. The late arrival of this question on the international agenda did not fail to raise specific ethical and socio-political problems in the societies concerned.

Unlike other tragedies

Unlike other tragedies of more recent history, for which those responsible could be identified or at least regarded as distinct from the rest of the nation, the slave trade involved a very wide range of public and private players whose participation over several generations was entirely legal. They affected important sectors in the economic life of the countries that profited from it, including commerce, shipbuilding, mining, manufacturing, agriculture, banks and insurance.

This diffusion or dilution of responsibility within societies has made the usual process of the transfer of collective guilt more difficult

and, consequently, delayed recognition of the crime. The enshrining of such criminal practice in law, notably through the monstrous Black Codes, also facilitated denial of responsibility.

Fulfilment of the duty to remember slavery was rendered still more difficult by the persistence of its serious consequences in the form of the racial prejudice and discrimination from which the descendants of slaves have suffered to the present day.

In some countries involved in the slave trade there have been attempts to sidestep the issue by focusing on the abolition laws and the struggle of the abolitionists, while neglecting to recall the horrors of the system, its legacy and the furious resistance of the slaves themselves for their dignity and liberation. In most cases silence was the price of the relative freedom granted to slaves when slavery was abolished, to be replaced very quickly by the servitude of poorly paid labour.

It is difficult to understand how such a major historical event has been silenced. Historians estimate that around 50 million Africans were deported from the different regions of Africa and enslaved in Europe, in the Americas, Asia, Indian Ocean and in the Middle East. The African slave trade is considered as one of the greatest dehumanising enterprises in human history, because of its scope and duration. It is also seen as one of the first form of globalisation which involved all the continents and provoked profound transformations, the impact of which continues to be felt in today's societies.

Trade characterised by violence

This trade is characterised by the extreme violence and the barbarity of treatment that was used by slavers to transform free men and women into properties. This phenomenon not only tragically affected the lives of captured Africans but also devastated the African societies by robbing them of their young, strong and knowledgeable members. To give an example, demographers tell us that without the slave trade the total number of Africans in the end of 19th century should have reached 200 million rather than the estimated 100 million.

The situation of Africa today cannot be understood without reference to this systematic human, intellectual and cultural haemorrhaging to which the continent was subjected over centuries of trans Saharan,

trans Indian Ocean and transatlantic slave trading. We cannot comprehend the actual power and wealth distribution in the geopolitical world without a reference to the benefits gained from this trade.

We finally cannot understand the exclusion and poverty experienced by black populations in the Americas, the Caribbean, the Indian Ocean and elsewhere without explaining the system of exploitation and inequality inherited from slavery which has long persisted after the abolitions.

The slave trade was not only a shameful lucrative activity based on kidnapping, deportation and brutal exploitation of human beings, it was also a vast campaign of propaganda, which used all kinds of scientific, intellectual and religious resources to legitimise morally and legally the system.

Administrators, religious leaders, philosophers, writers and scientists were called upon throughout centuries to build monstrous theories on the hierarchy of races and prove the congenital inferiority of Black Africans. They worked hard to propagate and inculcate the idea that the victims accepted their 'natural status' as slaves.

But the reality was of course different from this wish. It's worthy to recall that before being kidnapped and put into bondage, enslaved Africans were free men and women possessing their own culture, knowledge

and history. Far from being simply a victimised subject, resigned with their conditions, as is often depicted in the literature of slave owners, they often resisted the dehumanising conditions in which they were forced to live.

From the moment their villages were attacked, throughout their forced walks to the ports, throughout their martyrdom in the concentration camps, throughout the voyages of no return behind the caravans or in the slave boats, and throughout the forced labour in households, in plantations and mines, enslaved Africans revolted and used every means at their disposal, including collective suicide, to escape the condition of slavery.

But the most profound resistance, the most radical of all was their cultural resistance. The enslaved Africans, used what is considered as the essence of humanness, the culture, to combat their subjugation. Because of the blind and ignorant belief in their own racial superiority, the slave owners were incapable of understanding or anticipating the potential of slaves to use their culture as a resource of resistance. It was in the spiritual and artistic fields, the most fertile seedbed of life forces, that this resistance found its most lastingly expression.

The force of their cultures not only helped slaves to survive the dehumanisation process of slavery but also to influence and in a certain way humanise slavery-based societies.



In some parts of the world this resistance transformed itself into huge social movements and even into a revolution. This was the case with the movement commonly known as the Zanj rebellions, which occurred in Iraq between 6th to 9th century. From 869 to 883, thousands of African Slaves from the Horn of Africa working in the salt marshes in Southern Iraq joined forces with other groups to revolt against domination slavery system and claim social change.

The Zanj rebels established their state

The Zanj rebels even established their state with its own capital called Moktara and seriously threatened and challenged the reign of the Abbasid Caliphate during 14 years. The economic, political and social consequences of this revolt profoundly affected the whole Islamic world.

Another resistance of African slaves that is worthy to mention is the Haitian rebellion in the Caribbean region. On the nights of 22 to 23 August 1791 an insurrection of slaves broke out on the Island of Saint Domingue and under the leadership of Toussaint Louverture evolved to be a revolution, which led to the independence of Haiti in 1804. It was the first victory of slaves of overthrowing their oppressors in human history.

The Haitian revolution is considered as the first revolution to put in real practice the universality of human rights that French and American revolutions failed to do by perpetuating the slave trade and slavery system.

This revolution brought by slaves had a considerable impact on the emancipation movements that were to lead to the independence of peoples of Latin America and the Caribbean..

It was to celebrate the 200th Anniversary of

the Haitian Revolution that the United Nations proclaimed 2004 as the International Year to Commemorate the Fight Against Slavery and Its Abolition.

Ethical and cultural stakes of the Slave Route project

Convinced that the very fact of ignoring or deliberately obscuring major historical events can in itself constitute an obstacle to peace, mutual understanding and co-operation, UNESCO decided to launch the Slave Route Project in 1994 in Benin, in Africa in order to shed light on the tragedy of the slave trade and slavery and come to terms with this hidden memory. Its main objective was to offer an international framework for multidisciplinary reflection on the legacy of slavery in modern societies.

UNESCO's Project

UNESCO responded to its ethical mandate by addressing this sensitive question because it considered that the burning problems of today's world - development, human rights, social justice, cultural diversity, intercultural dialogue - are linked to the tragedy of the slave trade.

More than ever, the relation with this past is at the centre of the reshaping of national identities and the definition of new citizenships in the multicultural and multiethnic societies that came out of the slavery system.

The concept of "Route" was chosen to best illustrate the dynamic movement of exchange between peoples and cultures that were affected by this tragedy.

The Project pays particular attention to the cultural interactions that occurred in this process of multiculturalisation. It also aims at contributing to a better recognition of the contribution of Africa to the rest of the



world.

Because, so far, this contribution is often reduced to the manpower provided by slaves and their cultural influence is generally limited to the artistic expressions such as music and dance. The transfer of knowledge, know-how and beliefs that accompanied the massive deportation of millions of Africans remains largely unknown in the societies, which benefited from the slave trade.

Since its inception, the "Slave Route" Project has been structured around four main programs:

- A multidisciplinary scientific research program implemented throughout a broad network of international institutions and



specialists:

- An educational program entitled, "Breaking the Silence" implemented throughout the UNESCO network of more than 7000 associated schools promoting the integration of slave trade and slavery history in school curriculum.
- A program for the promotion of living cultures and artistic and spiritual expressions
- A program for the identification and safeguarding of sites of memory as well as archives related to the slave trade and for the promotion of a cultural tourism
- A program on the contribution of the African Diaspora and the promotion of the living cultures and artistic and spiritual expressions of the interactions resulting from the slave trade and slavery;

From its inception, the project has attracted increasing interest throughout the world. It has created a dynamic, which has helped break the silence surrounding this tragedy, contributing notably to the development of scientific research, the launching of awareness raising campaigns, the preservation of places of memory and the collection of oral traditions related to the slave trade. In its first phase, the Project concentrated on the transatlantic slave trade and slavery but it has now extended its focus to other regions of the world, notably the Indian Ocean, Asia and the Arab-Islamic world.

The Project has furthermore sparked initiatives in the fields of artistic and audiovisual creation, which testify of the disastrous consequences of this tragedy but also of the rich cultural exchanges it brought about. The Slave Route Project raised strong interests in the various countries affected by slave trade around the world. It created a dynamic, which favoured the launching of awareness-raising campaigns, the increase of research, the production of various material and the mobilisation of marginalised Afro-descent populations for their rights.

Placing it on the global level

By placing the issue of slave trade and slavery at a global level, the Project helped to overcome the reluctance and opposition of some national authorities to open these tragic pages of their history. It also contributed to "de-racialise" this tragedy and to present it as a tragedy for the whole of humanity. Comprehension of this silenced chapter of world history makes it possible to better grasp the genealogy binding the slave trade to other historic crimes which preceded and followed such as the extermination of Natives in the Americas, the holocaust of Jews, and apartheid.

One of the main achievement of the Slave Route Project was its contribution to the recognition of the slave trade and slavery as a "crime against humanity" at the Durban World Conference against Racism in 2001. As you all know, this Conference was a crucial historical moment for all those who were fighting against the silence surrounding the slave trade and against the falsification of history. The recognition of slavery as a crime against humanity opened new perspectives for populations of Afro-descent struggling to affirm and protect their rights.

Another important strategic choice of the Project was to make 2004, the International Year to Commemorate the Struggle Against Slavery and its abolition. Finally, the Project contributed to the integration of the memory of slavery in the commemorative calendars and the educational curricula of certain countries.

Object of an external evaluation

Recently, the Slave Route Project was the object of an external evaluation which demonstrated the considerable impact that the project has had in different regions of the world, despite the limited means at its disposal. The evaluation also defined new orientations for the Project in order to move from the duty to remember, which is the responsibility of international and national authorities, to the right to memory claimed by citizens who want to this painful history be incorporated in the collective narrative of their societies.

The management of this memory will be more and more and the heart of the debate on integration, social cohesion and cultural diversity.



Algerien: Eine Chance

Die algerische Bevölkerung befindet sich nach Militärregime und bewaffneten Konflikten in einer Orientierungsphase. Die Frauen versuchen diese Chance zu nutzen und die Gesellschaft mitzugestalten. **Text** Cécilia S. Smekal

In Algerien treffen Gesetzgebung mit religiösem Background und aufbruchorientierte Frauenorganisationen aufeinander. In diesem Spannungsfeld werden Grenzen umdefiniert und die Geschlechterordnung neu verhandelt. Reibungen sind vorprogrammiert, große Umwälzungen bleiben aber aus.

Die politische Situation ist vertrackt: Die dominante Einheitspartei FLN (Nationale Befreiungsfront) und die Militärs dahinter sind zentralistisch und unflexibel; sie haben Misswirtschaft mit den enormen Einnahmen aus den Ölreserven betrieben und Investitionen in die Bevölkerung vernachlässigt. Zwar musste sich die FLN in Richtung Demokratisierung und Pluralismus öffnen, doch sie reagierte zu spät: Die Armut hatte sich schon ausgebreitet, die Wohnungsnot wuchs und die Korruption der mächtigen Militärs war zum echten Problem geworden. Laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen belegt Algerien Platz 103 von 177 Ländern.

Al Qaeda in Algerien

In diesem Faktorengeflecht erwuchs der zweite tonangebende Akteur: die Islamisten. Die Islamische Heilsfront FIS (Front Islamique du Salut) trat bei den Wahlen 1991/92 an und ihr Sieg war abzusehen. Daraufhin brach die FLN die Wahlen ab und ordnete die Auflösung der Konkurrenz an. So verschuldete sie mit, dass die FIS in der Folge den demokratischen Weg verließ und in den Untergrund ging. Die Mitglieder der islamischen Heilsfront riefen zum bewaffneten Kampf auf und schlossen sich teilweise der GPSC (Salafisten für Predigt und Kampf) an, die sich 2007 in Al Qaeda Algeriens umbenan-

te.

Seither tobt im Land ein bürgerkriegsartiger Guerillakampf, laut Amnesty International und Reporter ohne Grenzen mit bis zu 200.000 Toten.

Das Militär hält sich als staatlicher Akteur für zuständig im Kampf gegen den islamistischen Terror in Algerien, Präsident Adal-Asis Bouteflika gilt bei internationalen Beobachtern als Strohmann. Bis heute ist in Algerien der Ausnahmezustand aufrecht.

Amnesty International kritisiert geheime Verhaftungen und Folter, außergerichtliche Exekutionen und das Verschwinden von zahlreichen Personen (Amnesty spricht hier von 4000 dokumentierten Fällen, Human Rights Watch von 7000 - die alle nie aufgeklärt wurden).

Heute sterben noch hunderte Menschen pro Jahr am inneralgerischen Konflikt. Weder die UNO Arbeitsgruppe über erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden, noch der UNO Sonderberichterstatter über Folter darf trotz mehrerer Ansuchen in Algerien einreisen.

Der Einsatz der Frauen

Für die algerischen Frauen ist der Zustand der Menschenrechte von besonderer Bedeutung, denn sie sind "der Einsatz im Spiel" (Ghania Moufok, algerische Frauenrechtlerin) um Macht und Geltung.

Emanzipatorische Frauenorganisationen kämpfen gegen zwei Gegner: die Regierung mit dem Militär als Schattenmacht und die Islamisten.

Die Frauen werden von der politischen Seite

als Argument instrumentalisiert, um gegen islamistische Gruppierungen vorzugehen; doch dass die Besserstellung der Frauen in Gesellschaft und Gesetz das wahre Anliegen der Führung ist, bezweifeln die Frauenverbände. Sie sehen in der Gesetzgebung eine Form der staatlichen Unterdrückung.

Die Islamisten wiederum verwehren den Frauen generell die Selbständigkeit und lehnen jede Frauenfreiheit als "westlich" ab. Sie benutzen Gewalt, um politischen Druck auszuüben.

Laut algerischen Frauenrechtlerinnen wurden über 700 Frauen und Mädchen ermordet, weil sie ein "westliches" Leben führten; hunderte seien entführt, vergewaltigt oder verstümmelt worden. Manche seien monatelang interniert worden, ihre Köpfe als Warnung für andere Frauen und Mädchen auf Stöcke aufgespießt.

1994 hat eine islamistische Gruppe, die GIA (Groupe Islamique Armée) sogar ein Todesurteil für alle Frauen ohne Schleier/Hijab ausgesprochen. Gleichzeitig übt das Militär Druck auf Frauen aus, die den Hijab tragen.

Die Frauen selbst stehen zwischen den Stühlen und versuchen aktiv, für eine neue Rechtslage zu kämpfen.

Das Familiengesetz

Seit der Unabhängigkeit von Frankreich gibt es zahlreiche Organisationen und eine vergleichsweise starke Frauenbewegung. Das macht Algerien gewissermaßen zu einem Sonderfall. Auf anhaltenden Druck der algerischen Frauenverbände wurde das 1984 in Kraft getretene Familiengesetz 2005 novel-

liert. Die Ehe wird offiziell nun nur in beiderseitigem Einverständnis geschlossen, im Fall einer Scheidung kann auch die Frau Wohnung und Kinder behalten, eine Gütertrennung ist vorgesehen. Formal gelten in der Ehe die gleichen Rechte für Mann und Frau. Das Heiratsalter wurde auf 19 Jahre heraufgesetzt, was die Schulbildung der Frauen fördern soll. Auf 100 männliche Grundschulbesucher treffen 88 weibliche.

Doch die Frauenorganisationen kritisieren, dass noch viele Bestimmungen frauenfeindlich sind und auch der algerischen Verfassung widersprechen. Ihnen gehen die Veränderungen nicht weit genug, sie sehen sie als Anfang.

Denn laut Verfassung sind Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich; sie sind zivil- und auch strafrechtlich mündig, sobald sie 18 Jahre alt sind.

Das novellierte Familiengesetz hingegen hat für jede algerische Frau einen Vormund (wali) vorgesehen. Das kann der Vater sein oder der Ehemann, sogar der Sohn. Die Frau darf ihn nun selbst bestimmen, aber sie bleibt ihr Leben lang minderjährig.

Bouteflika hat auch wider Erwarten die Polygamie nicht abgeschafft (in Marokko ist sie beispielsweise seit 2003 verboten).

Ein algerischer Mann kann somit bis zu vier Frauen haben. Ebenso fehlt den Organisationen ein Gesetz zum Schutz vor sexueller Belästigung.

Und das, obwohl Algerien die Convention on the Elimination of All Forms against Discrimination of Women CEDAW schon 1996 (mit Vorbehalten) ratifizierte. 2004 folgte ebenso die Ratifikation der Convention on the Political Rights of Women. Auf gesetzlicher sowie gesellschaftlicher Ebene lassen Fortschritte also teilweise noch auf sich warten.

Neue Wege

Die Frauen Algeriens hängen, ähnlich wie ihr Land, in einer Schwebelage zwischen Tradition und Moderne.

Bei aller Unterschiedlichkeit wissen die meisten Frauenverbände, in welche Richtung sie gehen wollen; die übrigen politischen Kräfte hingegen sind sich uneins. Die bürgerkriegsartigen Zustände flauen ab, der Faden

zur demokratischen Normalität ist gesponnen, aber dünn.

Der die Regierung beratende Hohe Moslemische Rat (HCI) spricht sich angesichts des religiösen Fanatismus für Frauenrechte und die Abschaffung der Polygamie aus. Der algerische UNO Botschafter Abdallah Baali hat vor dem Women's Anti-Discrimination Committee nur Fortschritte zu berichten, inwieweit das der Wahrheit entspricht, kann schwer verifiziert werden.

Die Frage ist, wer sich durchsetzen wird: der religiöse Fanatismus oder das staatliche Regime, Scharia oder Demokratie. Auch die Entwicklung hin zu einer Diktatur ist theoretisch immer noch möglich. Die Frauenorganisationen haben vieles erreicht, in manchen Hoffnungen wurden sie enttäuscht. Sie haben sich aber einen Platz geschaffen in der politischen Auseinandersetzung ihres Landes. Algerien hat viele Cleavages und Ungleichgewichte. Im Hinblick auf das Erstarken von Islamisten in anderen Ländern kann Algerien ein Musterfall werden. Nicht nur die Zukunft der Frauen wird davon abhängen, wohin der Weg geht.

<<



Todesstrafe in Japan

Zum Tode Verurteilte erwartet in Japan der Galgen. Die japanische Regierung begründet die Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen mit dem Argument der Sicherheit für die Bevölkerung.

Text Andrea Lehner

Hinrichtungen fanden in Japan zuletzt am 23. August 2007 statt. Hifumi Takezawa, Kouzou Segawa und Yoshio Iwamoto wurden am Morgen des 23. Augusts in den Gefängnissen von Tokio und Nagoya zum Galgen geführt. Die zwischen 60 und 69 Jahre alten Männer waren zuvor vom Gericht des Mordes für schuldig befunden. Diesen Vollstreckungen gingen drei Hinrichtungen im April 2007 und weitere vier im Dezember 2006 voraus. Nach Informationen von Menschenrechtlern müssen in Japan noch mehr als 100 Menschen mit der Vollstreckung ihres Todesurteils rechnen. Mit den Hinrichtungen vom Dezember 2006 wurde ein bis dahin über 15 Monate de facto geltendes Moratorium der Todesstrafe ausgesetzt. Der damalige Justizminister Seiken Sugiura war Buddhist und konnte das Vollstrecken von Todesurteilen nicht mit seinem Glauben vereinbaren.

Das japanische Strafrecht sieht die Todesstrafe für 18 Straftaten vor: darunter befinden sich die Tatbestände Mord, Raub mit Todesfolge, Vergewaltigung mit Todesfolge und vorsätzliches Töten einer Geisel. In der Regel ist neben der Todesstrafe fakultativ auch die Verhängung einer lebenslänglichen oder zeit-

lich begrenzten Freiheitsstrafe möglich. Das Urteil erster Instanz wird meist von einem Bezirksgericht ausgesprochen. Nach einem eventuell erfolgten Revisionsverfahren vor einem Oberen Gericht, ist für einen zum Tode verurteilten Häftling die letzte Hoffnung der Oberste Gerichtshof in Tokio, welcher in dritter und letzter Instanz über Leben oder Tod eines Menschen entscheidet. Shoko Asahara, Gründer der japanischen Aum-Sekte, wurde für seine Rolle bei den Tokioter Giftgasanschlägen, bei denen zwölf Menschen ums Leben kamen und 5.000 verletzt wurden, von einem Bezirksgericht im Jahre 2004 - zehn Jahre nach den verübten Verbrechen - zum Tode verurteilt. Am 15. September 2006 bestätigte der Oberste Gerichtshof dieses Urteil.

Entscheidungskraft beim Justizminister

Nach Fällung und Rechtskraft eines Todesurteils, geht die Entscheidungskraft auf den Justizminister über. Mit seiner Unterschrift und dem Siegel des Justizministeriums gibt er die Freigabe zur Hinrichtung.

Die Hinrichtungen selbst finden in Japan unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Laut

Auskunft von Amnesty International werden sie zumeist während der Sitzungspause des Parlaments im Sommer und Winter oder an nationalen Feiertagen durchgeführt, damit Diskussionen über die Todesstrafe vermieden werden. Bekannt gegeben wird eine Hinrichtung von der Regierung immer erst im Nachhinein, meist durch eine kurze Pressemitteilung ohne Bekanntgabe der Namen. Die Angehörigen erfahren von der Hinrichtung ebenfalls erst nach erfolgter Durchführung. Selbst denen, die zum Tode verurteilt wurden, wird der Vollzug ihres Urteils erst wenige Stunden davor mitgeteilt. Da ab dem Zeitpunkt der Fällung des Urteils bis zur tatsächlichen Vollziehung oftmals ein sehr langer Zeitraum liegt, sind zum Tode Verurteilte regelmäßig mit der ständigen Angst konfrontiert, dass der heutige Tag ihr letzter sein könnte.

Auf Kritik stoßen oftmals auch die Haftbedingungen, die in japanischen Gefängnissen herrschen. Im Mai 2006 wurde in Japan ein neues Gesetz über Haftanstalten und die Behandlung von Gefangenen verabschiedet, welches das bisher geltende Gesetz von 1908 ablöste. Bestimmungen zum Aufenthalt im Todestrakt finden sich darin nicht.



Einblicke in die Haftanstalten Japans gibt es fast keine. Die Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen beruhen daher in erster Linie auf Aussagen von ehemaligen Strafgefangenen. Der 77-Jährige Masao Akahori, der jahrelang unschuldig in einer Todeszelle saß und schließlich frei kam, berichtete in einem Interview: "Wir waren immer allein in unseren Zellen. Wir konnten niemanden sehen und durften nicht reden. Wir haben uns daher über Klopfzeichen verständigt."

Häftlinge leben in Isolationshaft

Häftlinge im Todestrakt leben in Isolationshaft, sie haben lediglich eine kleine Einzelzelle zur Verfügung, die sie am Tag zweimal für jeweils 15 Minuten verlassen dürfen. Sie müssen sich des weiteren einem bürokratischen Vorschriftenkatalog unterwerfen, in dem beispielsweise geregelt ist, wie viele Briefe sie in einem gewissen Zeitraum schreiben dürfen, wann sie die Toilette benutzen dürfen, wie sie sich zu bewegen haben und wie sie in ihrer Zelle zu schlafen oder zu sitzen haben. Bei Verstößen gegen diesen Vorschriftenkatalog drohen strenge Strafen. Viele zum Tode Verurteilte haben während ihres Aufenthaltes im Gefängnis zu

studieren oder Bücher zu schreiben begonnen, da ihnen, im Gegensatz zu "normalen" Häftlingen, Arbeit nicht erlaubt ist. Mit der Außenwelt Kontakt halten, dürfen sie nur über Angehörige und Anwälte.

Am Tag der Vollstreckung werden die Häftlinge in einen Raum, welcher mit einem Altar ausgestattet ist, gebracht und dürfen dort noch ein letztes Mal beten oder - wie ein Samurai-Krieger vor dem Harakiri - ein traditionelles Todesgedicht schreiben. Dann werden sie zum Galgen, der sich ebenfalls in diesem Raum befindet, geführt. Die Henker sind normale Gefängniswärter, die oft auch erst am Morgen der Hinrichtung erfahren, dass sie die Vollstreckung durchzuführen haben. Fünf Wärter drücken dann gleichzeitig je einen Knopf, damit keiner von ihnen weiß, wer die Falltür unter dem Galgen geöffnet hat.

Im Gedanken der Sicherheit

Die japanische Regierung begründet die Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen mit dem Gedanken der Sicherheit für die Bevölkerung und des weiteren damit, dass die Öffentlichkeit Japans Todesstrafen unterstütze. Bloomberg berichtete im August dieses

Jahres, dass bei der jüngsten Telefonumfrage des japanischen Cabinet Office 81% von 2.048 registrierten Wählern für die Beibehaltung der Todesstrafe unter "unvermeidbaren Umständen" und sechs Prozent für ihre Abschaffung gestimmt hätten. Den Grund für die Befürwortung der Todesstrafe sehen Kritiker darin, dass sich die Bevölkerung Japans auf Grund der Geheimhaltungspolitik der japanischen Regierung rund um die Todesstrafe und dem damit verbundenen Mangel an Information keine eigene Meinung über dieses Thema bilden kann.

Auch die intensive Medienberichterstattung über in der Öffentlichkeit bekannte Verbrechen gibt vielen Japanern den Eindruck, dass ohne Beibehaltung der Todesstrafe die öffentliche Sicherheit gefährdet wäre. "People have the impression that violent crime in particular is increasing", sagt Anwalt Yoshihiro Yasuuda, ehemaliger Verteidiger von Shoko Asahara und Gegner der Todesstrafe: "They have become ill at ease and so want to see tougher sentences, and courts synchronise with that trend."

<<

Goldene Pagoden und bettelnde Armut

Die Steinzeitdiktatur in Burma ringt ums Überleben. Wird es nun gelingen ihr den Todesstoß zu verpassen? **Text** Irina J. Beikert

Ende September kam ein Land in die Schlagzeilen, das sich seit langem in einem diktatorischen Dornröschenschlaf befindet - Burma oder seit 1990 offiziell Myanmar. Auf dem internationalen Parkett der demokratischen Staaten, die das Land schon seit Jahren mit wirtschaftlichen Sanktionen belegen, hat sich der neue Name nicht durchgesetzt, gilt er doch als Ausdruck der verhassten Militärjunta.

Die sogenannte Safran-Revolution ist wieder von der CNN-Agenda verschwunden, nicht jedoch weil das Interesse nachgelassen hat, sondern weil es schlicht unmöglich ist, über das Land zu berichten. Ausländischen Journalisten wird der Zutritt verweigert und die Junta hat offiziell zur Hatz auf sie aufgerufen. "Alles westliche Spione, die Lügen über unser Land verbreiten", so der O-Ton in den staatlichen Medien. Laut Reporter ohne Grenzen gelten derzeit neun Journalisten als vermisst. Aber auch wenn sie einreisen dürfen, gibt es kaum eine Möglichkeit mit den Menschen dort zu sprechen. Immer noch gilt

eine rigide Ausgangssperre. Und das Netz der Spitzel des Staates macht es einfach undenkbar für Ausländer mit Oppositionellen zu sprechen. Mit Oppositionellen sind in diesem Fall nicht nur Mitglieder der National League for Democracy gemeint, die 1990 mit überragender Mehrheit die ersten freien Wahlen gewann, aber an die die Macht nie abgegeben wurde, sondern jeder der sich offen zur Situation des Landes äußert.

Die Anfänge

Am 15. August beschließt die Junta massive Preiserhöhungen. Der Preis für Diesel verdoppelte sich. Diesel ist das Schmieröl des Alltags. Ein verlässliches Stromnetz gibt es nicht. Von früh bis spät summen landauf landab die Generatoren. Nach Sonnenuntergang bieten die Händler ihre rare Ware auf der Straße im Kerzenschein feil. Durch die damit erhöhten Preise für öffentlichen Transport, konnten die Menschen nicht mehr zur Arbeit fahren. Privatautos sind äußerst selten, selbst für alte Schrottkisten müssen bis

zu 50.000 USD auf dem freien Markt bezahlt werden.

Auch die Preise für Lebensmittel stiegen dramatisch an, nachdem sie schon seit Ende des letzten Jahres um 30-40% zugelegt haben. Eine unhaltbare Situation, denn 70% des Einkommens wird für Nahrung ausgegeben, Preisanstiege sind somit schwer verkraftbar, so Paul Rislev vom Welternährungsprogramm (WFP). 500.000 Menschen sind derzeit vom WFP in Burma abhängig, aber das spiegelt nur die ärmsten der Armen wieder. Während in allen anderen asiatischen Ländern die Lebensmittelsicherheit in den letzten Jahren fast zur Gänze sichergestellt wurde, ist sie in Burma, der ehemaligen Reiskammer Asiens, immer prekärer. Die Gründe hierfür entbehren rationalen Argumenten und sind größtenteils bei der Misswirtschaft der Junta auszumachen. Der Internationale Währungsfond wies die Regierung schon seit längerem darauf hin, dass der subventionierte Öl- und Gaspreis, durch den ansteigenden Weltmarktpreis



nicht haltbar ist. Burma verfügt zwar über eine beträchtliche Menge an Erdöl- und Gas, muss dennoch mangels Raffinerien den Großteil importieren.

Neue Hauptstadt als Anfang vom Ende?

Mitten in den Dschungel wurde die neue Hauptstadt Naypyidew gebaut. Offiziell haben Wahrsager dazu geraten. Das fünffache des Jahresbudgets des Landes hat das verschlungen und um die Generäle bei Laune zu halten, mussten die Gehälter erhöht werden. Die niedrigeren Ränge bekamen etwa das fünffache Gehalt, die Höheren genehmigten sich eine 1200%-ige Erhöhung. Die Junta entschied sich trotz einer Ablehnung des Rates, die Personalkosten über die Benzinpreise zu finanzieren.

Der Staatsapparat

Burma ist in sieben Bundesstaaten und sieben Verwaltungsbezirke gegliedert. Alle zusammen bilden die 14 Sterne auf der Flag-

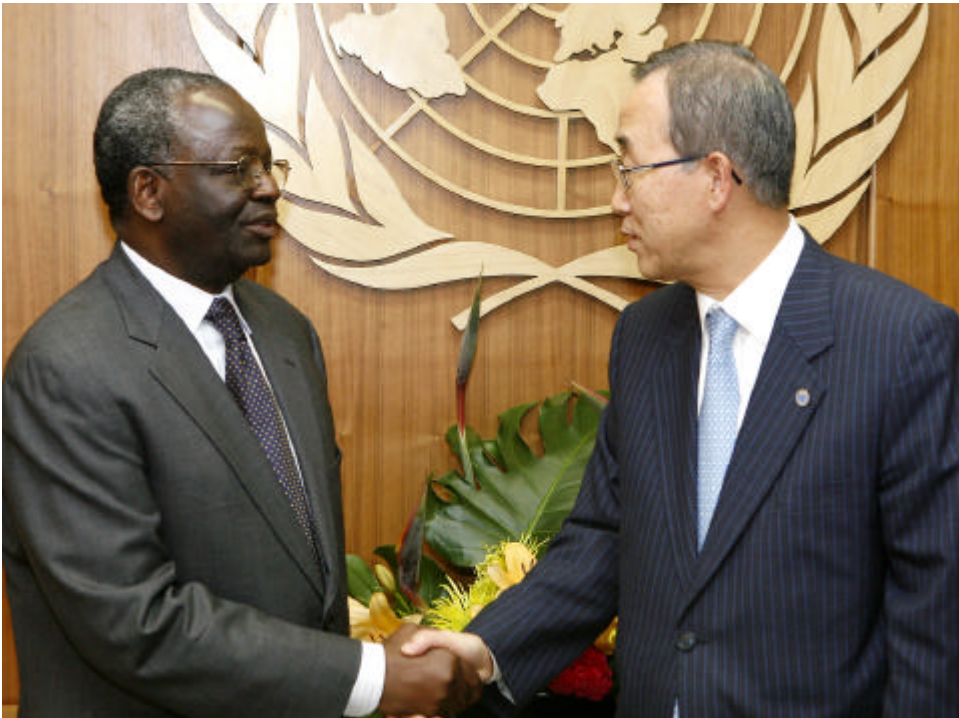
ge. Die Verwaltungsbezirke sind von Burmanen, die mit etwa 60 - 70% die knappe Bevölkerungsmehrheit stellen, besiedelt. Die Staaten überwiegend von ethnischen Minderheiten. Die ethnischen Minderheiten überschneiden sich jedoch an der Staatsgrenze, was insbesondere in Thailand in den letzten Jahrzehnten immer wieder zu innenpolitischen Problemen mit den Guerillabewegungen führte.

Destabilisiert wird der Staat auch durch die rund 500.000 Binnenflüchtlinge, die unter widrigsten Bedingungen im verminten Dschungelgebiet ausharren und versuchen mit Hilfe der Guerilla über die Grenze nach Thailand zu flüchten. Dort leben ca. 20.000 in Flüchtlingscamps und hundertsausende schufteten in Fabriken zu Dumpinglöhnen für 50 Cent die Stunde. In den vergangenen Jahren haben mehr als zwei Millionen

Burmesen das Land verlassen, selbstverständlich illegal, denn ein Reisepass kostet etwa 3.000 USD.

In Brief

Die Exekutive mit 19 Mitgliedern nennt sich State Peace and Development Council (Staatlicher Rat für Frieden und Entwicklung), dessen Vorsitzender General Than Shwe ist. Am 17. Mai 2004 nahm, die von der Junta einberufene Verfassungsgebende Versammlung, ihre Arbeit auf - dies war der erste Schritt des 7-Stufen-Plans zur Einführung der Demokratie. Von der Opposition und der Exilregierung wird das Gremium als nicht legitim verschmäht, sucht die Junta doch ihr nahestehende Delegierte aus.



UNSG Ban Ki-Moon ernennt Ibrahim Gambari am 22. Mai 2007 zum Sondergesandten für Burma

Der missglückte Versuch die Wirtschaft zu öffnen

Anfang der 1990-er kam es zu einer zarten wirtschaftlichen Liberalisierung, die jedoch aufgrund der makroökonomischen Instabilität nicht erfolgreich war. Im Jahr 2002 betrug die Inflation 45%, während Experten für 2007 bis zu 90% für realistisch halten. All diese Zahlen beruhen auf Schätzungen, denn gibt es keine zuverlässigen Statistiken, weil seit 2001 die Wirtschaftsdaten einer strikten Geheimhaltung unterliegen. Das Bruttoinlandsprodukt kann somit nicht genau gemessen werden, dazu kommt der offizielle Wechselkurs, der die burmesische Währung Kyat stark überbewertet. Der offizielle Wechselkurs lag 2006 bei 1,28 Kyat pro USD, 2005 bei 5,75 Kyat. Auf dem illegalen Schwarzmarkt bekam man jedoch pro USD 2005 zwischen 850-1000 Kyat. Dass unter diesen Voraussetzungen an wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu denken ist, liegt auf der Hand. Erschwerend kommt hinzu, dass der Schwarzmarkt in etwa den Umfang der legalen Geschäfte einnimmt. Diese Fakten sind international ungeschlagen. Aber auch in anderen Bereichen führt Myanmar die Negativlisten an. Aufschluss darüber gibt beispielsweise der Human Development Report (HDR) auf dessen Index Myanmar Rang 130 belegt, der jährlich von der UNDP

herausgegeben wird. Die öffentlichen Gesundheitsausgaben sind mit 0,5% im Jahresbudget veranschlagt, in Kambodscha sind es 2,1%. Das CIA Factbook gibt für 2005 30.000 Internetbenutzer an. Der HDR einen pro 1000 Einwohner das wären 50.000. In Sierra Leone und Niger, den Ländern mit dem niedrigsten HDI, sind es immerhin zwei - also doppelt so viele. Dort haben auch mehr Bewohner ein Handy, nämlich 11 bzw. 22, in Burma jedoch nur 2 pro 1000 Einwohner. In Laos hingegen sind es schon 35. Handy- und Internetlizenzen werden z.B. an Ministertätinnen oder Junta-treue Geschäftsleute vergeben, die diese dann weiterverkaufen.

Der politische Klerus

Eine interessante gesellschaftspolitische Rolle in Burma spielen die Mönche und Novizen. Ihre Zahl wird auf 400-500.000 geschätzt, also das "Mönchs-Heer" ist genauso groß wie das der Junta. Die Mönche setzen sich zum einen aus Berufsmönchen zusammen, zum anderen aus "Teilzeit-Mönchen". Sie spielen nicht nur eine Rolle im spirituellen Leben, sondern sind ein Fixpunkt des Bildungssystems. Zwar ist die Volksschul教育 in Burma kostenlos, aber Bücher und Uniformen müssen extra gezahlt werden. Das Gehalt der Lehrer, 5USD pro Monat, reicht nicht zum Überleben. Somit hat es sich eingebür-

gert, dass Lehrer im normalen Unterricht den Schülern nicht alles notwendige für die Prüfungen beibringen, sondern erst gegen bezahlte Nachhilfe. Seitdem nach den studentisch geprägten Unruhen des Jahres 1988 die Universitäten de facto geschlossen sind, gibt es nur noch einen Freiraum für Bildung und dem Erlernen einer Fremdsprache: Das Kloster. Klöster waren bisher in Burma der letzte noch nicht total staatlich kontrollierte Sektor, sie gelten als Inseln der Zivilität. Narrenfreiheit hatten die Mönche auch vor den Protesten im September nicht, sie standen schon lange ebenso wie der Rest der Bevölkerung unter staatlicher Beobachtung, um Spitzel in ihren Reihen zu erkennen, falteten sie ihre Roben genau nach den Vorschriften des Klerus, denn auch in der Vergangenheit wie der Entkolonialisierung waren die Mönche stets politisch aktiv, anders als im immer noch sozialistischen Laos.

Doch wie geht es weiter?

Harn Yawngwe, Sohn des letzten Königs der Shan-Dynastie und Direktor des Brüssler Euro-Burma-Büros, rechnet mit einer "langen Periode von Aufruhr und Aufstand". Die burmesische Exilregierung (National Coalition Government of the Union of Burma/ NCGUB) unter Ministerpräsident Sein Win denkt nicht an eine sofortige und völlige

Machtübernahme, sondern an einen langfristigen Machtübergabeprozess. Weder die Exilregierung noch andere oppositionelle Kräfte dächten "an einen völligen Machtwechsel", so Harn: "Die wirtschaftliche Situation ist verheerend, die politischen Institutionen fehlen oder sind schwach ausgebildet. Ein völliger und sofortiger Machtwechsel würde viele Schwierigkeiten verursachen. Außerdem sind die Erwartungen der Menschen in Burma sehr hoch, und es ist unrealistisch, dass wir in ein paar Monaten die Probleme lösen, die in den letzten vierzig Jahren aufgestaut wurden." Generell sieht er die Opposition in Burma aber auf die Aufgaben einer teilweisen Machtübernahme besser vorbereitet als in der Vergangenheit.

"Lange Periode von Aufruhr und Aufstand"

"Im Unterschied zur Revolution 1988, wo alles zufällig und überraschend und emotional gesteuert war, sind heute die Menschen viel entschlossener. Mit der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen haben alle gerechnet, aber das wird die Leute nicht abhalten, sie werden nicht mehr so leicht aufgeben. Wir gehen in eine lange Periode von Aufruhr und Aufstand in Burma, bis das Militär eine bessere Lösung für die Menschen akzeptiert", sagte der Exilpolitiker.

Großer Bruder China?

In den letzten Jahren konnte China seinen wirtschaftlichen Einfluss auf Burma ausweiten, insbesondere im Zuge der westlichen Sanktionen. Fast die gesamte Konsumgüterindustrie ist von China abhängig. Mandalej, die zweitgrößte Stadt, mutet bei einem Bummel schon fast chinesisch an: in den Auslagen der Geschäfte finden sich ausschließlich chinesische Klimaanlage oder Kühlschränke. Auch nimmt die Migration aus China kräftig zu. Aber dass China die burmesischen Militärmachthaber uneingeschränkt unterstützt, ist eine eher kurzfristige Mutmaßung. "China bezieht viele Rohstoffe aus Burma,

aber das ist nur ein kurzfristiger Vorteil, doch China denkt langfristig. China braucht zur wirtschaftlichen Entwicklung seines Westens einen Meereszugang, und die Häfen in Burma sind dafür ideal. China wird jede Regierung in Burma unterstützen, die ihm die nötige Infrastruktur - Straßen, Eisenbahnen, Häfen - zur Verfügung stellt. Aber dieses Regime schafft das nicht und wird deswegen immer mehr zu einem Problem für China.", so Harn. Angesprochen auf die paradoxe Situation, dass das kommunistische China demokratische Kräfte in Burma unterstützen könnte, meinte Harn: "Absolut möglich, denn ein demokratisches Burma kann China viel nützlicher sein."

Hoffnung

Mag Geduld manchmal eine Tugend sein, im Fall von Burma wurde diese schon zu lange strapaziert. Aber zu bedenken bleibt, dass die internationale Diplomatie und das Wirken der UNO meist im Stillen und in kleinen Schritten vor sich geht. Übereilte Taten, die durch ständige Medienpräsenz vom Zaun gebrochen werden, besänftigen zwar das Bedürfnis nach dem Motto "Es muss was ge-

macht werden", sind aber wie sich in der Vergangenheit nur zu oft bewiesen hat, nicht nachhaltig. Burma hat sich erfolgreich auf die internationale Agenda gesetzt: Im Oktober verwies die Junta Charles Petrie, den ranghöchsten UNO Vertreter des Landes, weil er sich negativ gegenüber der Junta geäußert hat und diese für die Armut im Land verantwortlich macht - Ban Ki-Moon sprach ihm jedenfalls vollstes Vertrauen aus, was ebenso als Provokation gesehen wird. So zeigt das doch, dass die Zeit der paranoiden Generäle am ablaufen ist. Mitte November unterschrieben die ASEAN Staaten eine Charter, die aufruft die Menschenrechte zu schützen und Demokratie zu fördern. Ein wichtiges Signal, hat sich die ASEAN doch bisher strikt geweigert, sich zur Innenpolitik ihrer Mitgliedsländer zu äußern. Ebenso nicht stumm blieb Frankreichs Präsident Sarkozy bei seinem jüngsten Besuch in Peking, indem er betonte, dass wenn ein Land Einfluss auf die Junta hat, dass sich Dinge dort ändern, dann ist es China. Unterdessen hat Indien alle Waffenlieferungen aufgrund öffentlichen Drucks gestoppt. <<



Burma ist reich an natürlichen Ressourcen.

Die Welt zu Gast bei Marken

Mehr denn je konkurrieren Staaten um Ansehen, Investitionen und Touristen - Ressourcen, die jedem Land zugänglich sind, groß wie klein. Die Globalisierung zwingt Nationen zur Vermarktung. Nation Branding ist die Devise. **Text** Christoph Hartl

Estland gegen Malaysia, das ist Brutalität! Der Abstand zur Türkei vergrößert sich beständig, Israel holt auf. Logik und Jargon des Sports haben auch in den internationalen Beziehungen ihre Berechtigung. Immerhin gilt es zu gewinnen - die Gunst der Weltöffentlichkeit. Das Ansehen einer Nation zu bemessen, ist Aufgabe des vierteljährlich erscheinenden Nation Brand Index. Selbiger liegt in seiner letzten Ausgabe für das zweite Quartal 2007 vor. Sein geistiger Vater ist Simon Anholt, der "Guru" für National Branding und Public Diplomacy.

Vermarktung lautet das Credo der Stunde, auch und gerade bei politischen Entitäten. Ähnlich Markenartikeln erfreuen oder verwehren sich Städte, Regionen, Staaten und Nationen gewisser Images und Klischees. In gewissem Sinn ist jede Nation eine Marke, manchmal wider Willen. Seit längerem wird der im "klassischen" Produktmarketing verwendete Begriff des Branding als "Nation Branding" angewandt. In einer zusammenwachsenden Welt gilt es auch und gerade für

Nationen, aus der Masse der Mitbewerber mit vorteilhaften Eigenschaften hervorzustechen. In einer Welt der sich nivellierenden Rechts- und Geschmacksstandards gelte für Nationen, so Anholt: "Soviel Anpassung wie nötig und soviel Abgrenzung wie möglich."

Die Marke Staat

Die Qualität der "Marke Staat" errechnet sich im Falle des Nation Brand Index aus den Sympathiebekundungen von 25.000 Menschen zu den fraglichen Staaten und seinen Einwohnern. Die erfragten Kompetenzen sind in sechs Dimensionen zusammengefasst: Tourismus, Exporte, Menschen, Governance, Kultur und Erbe, Immigration und Investition. Ein gutes Image soll vor allem die Exportwirtschaft, die politischen Auslandsbeziehungen, ausländische Investitionen und den Tourismus fördern. Diese "Produkte" des Mutterunternehmens Staat konkurrieren auf dem internationalen Markt miteinander, teils um tatsächliche Kunden wie im Falle von Urlaubern, teils um abstrakte Entlohnung wie

Ansehen. Bekannt ist die Ambivalenz der Marke USA: Ein- und dieselbe Person kann die US-Politik ablehnen und amerikanische Produkte verachten und gleichzeitig vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten schwärmen und ebenda arbeiten oder studieren wollen. Klischees machen es möglich.

Tourismus ist der am offensichtlichsten beworbene Aspekt eines National Brand. Hier zeigt sich, wie sehr und worum Staaten miteinander konkurrieren. Die steigende Mobilität lässt ehemals verschmähte Destinationen zu Drehscheiben im internationalen Verkehr oder gar selbst zu attraktiven Zielen werden. Der Anteil der Tourismusindustrie am weltweiten Bruttosozialprodukt betrug 2006 geschätzte 3,5%, bezieht man das Wachstum tourismusnaher Branchen ein, so erreicht der Anteil bis zu 10%. Um diese Gelder und die dazugehörige Klientel will natürlich gebuhlt werden. Gerade Großveranstaltungen wie Olympische Spiele bergen ein immenses Potential für die Herstellung von Bekanntheit. Mit Peking 2008 wird ein ganzes Land in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit und nachhaltig auf die Liste der Reisedestinationen rücken.

"Malaysia. Truly Asia." lautet der Slogan der Tourismuswerbung jenes Staates, der sich im aktuellen Nation Brand Index auf Platz 35 wieder findet. Estland kontert mit "Estonia. Positively Transforming" und ist doch nur 36. von 38. Lebensqualität, Wirtschaftsleistung, soziale Kohärenz und ähnliche Qualitäten des Landes finden keine Gnade vor dem Weltpublikum. Wie auch, wenn die "Marke Estland" dem Gros der Menschheit so gut wie unbekannt ist? "Sei gut, und besonders: sprich darüber!" ist das Motto der Werbekampagnen. Inserate von Nationalstaaten



Emil Brix ist Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMeiA. Im Ausland wird die Marke Österreich im Licht von Mozart & Co. verkauft.

sind auf öffentlichen Plätzen und in den Medien längst gewohntes Bild. Besonders beliebt sind Nachrichtensender, wie sich an der Frequenz der Werbespots von Aserbaidschan, Türkei und ähnlichen Ländern auf CNN sehen lässt.

Mozart & Co.

"Das positive Image der beiden Tourismusländer zu stärken", wird laut "Nachhaltigkeitsbericht UEFA EURO 2008" auch von der Schweiz und Österreich mit der Ausrichtung der Europameisterschaft angestrebt. Österreich wird im Ausland gerne und ausgiebig als Land der Kultur und Wiege der klassischen Musik wahrgenommen. Dass Österreich sich gerne im Lichte von Mozart & Co. sonnt, hat seinen Grund: "Zwischen individueller Leistung und der Gemeinschaft, der der jeweilige Musiker, Literat, Wissenschaftler zugeordnet wird, findet so etwas wie ein Imagetransfer statt", so Emil Brix. Als Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten ist er für die 29 österreichischen Kulturforen in 26 Staaten verantwortlich. "Kultur", so der Architekt Friedrich Achleitner, "ist das größte nationalökonomische Paradoxon: Sie ist nicht bilanzfähig und

trägt langfristig Zinsen." Glücklicherweise sei somit der Staat, der Mozart erfolgreich für sich beanspruchen und derart die Marke stärken kann.

"Eine Marke", sagt Klaus-Dieter Koch, Chef der Markenberatung Brand Trust, "ist der verdichtete Ausdruck einer spezifischen Unternehmensleistung. Das heißt im Kern jeder Marke steht die Fähigkeit etwas zu leisten." Neben kulturellen und historischen Leistungen sind Wirtschaftsleistungen Imageträger ersten Ranges. Französische Autos versprechen Komfort, solche aus Italien launenhafte Extravaganz, Fahrzeuge "made in Germany" Solidität und amerikanische Wagen Freiheit. Selbst bei identischer Qualität und unabhängig vom eigentlichen Hersteller sind wir geneigt, Konsumgütern aus gewissen Staaten gewisse Eigenschaften zuzuschreiben. Marken aus Ländern mit einem guten Image kommunizieren deshalb explizit ihre Herkunft. "Wer hat's erfunden? - Die Schweizer!" ist wohl eine der geläufigsten Umsetzungen dieses Phänomens, das als "Country of Origin-Effekt" bekannt ist.

Image wird durch Exportartikel geformt

Umgekehrt wird das Image eines Landes

auch durch seine Exportartikel geformt. Die Schweiz erfreut sich des Rufs eines Produzenten von Luxusgütern. Uhren, Schokolade und mittlerweile Hustenbonbons prägen die Vorstellung des Landes. Schwellenländer haben es in dieser Hinsicht schwieriger. Cafe de Colombia aus Kolumbien zeigt aber, dass ein einziges Produkt kraft seiner Qualität und seiner Dominanz auf dem Markt einem Land zu einem besseren Image verhelfen kann. Ähnlich Finnland: Das Land, vor kurzem noch Armenhaus Europas, steht heute als strahlendes Beispiel für Modernisierung und Wirtschaftswachstum. Wer immer das Land kommunizieren will, wird am Stichwort Nokia nicht vorbeikommen.

Deutsche als Gastgeber der WM 2006

Jede Nation, die zur Marke werden will, muss die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel beherrschen. Die Leidenschaft, die die Deutschen als Gastgeber der Fußballweltmeisterschaft im letzten Jahr an den Tag legten, überraschte das internationale Publikum und nicht wenige Einheimische. Die als spröde Perfektionisten bekannten Deutschen stellten sich erfolgreich als weltoffenes Land mit Partypotenzial vor. Claudia Schiffer, die Inkarnation der schönen und guten Deutschen, hatte im Vorfeld für das "Land der Ideen" geworben, gewandert nur in Schwarz-Rot-Gold. Die Idee "Die Welt zu Gast bei Freunden" kam an. Die WM wurde preußisch-straff organisiert, ebenso die ausgelassenen Feiern. Das neue Image Deutschlands stellt somit eine Verbindung von altbekannten und neu entdeckten Werten dar und ergänzt die "alte" Fremdwahrnehmung um die erhoffte in perfekter Weise. Derart gestärkt schaffte es die Marke "Germany" auf Rang zwei des National Brand Index, gefolgt von Frankreich, geschlagen nur von UK. Die Schweiz findet sich auf Platz fünf. Österreich ist nicht Mitglied der erlauchten Teilnehmerrunde - im Gegensatz zur kommenden Europameisterschaft. Mit dem Slogan der EM, "Erlebe Emotionen", konnte im September 2007 indes nur jeder zehnte Österreicher etwas anfangen. Jeder Fünfte tippte auf "Dabei sein ist alles." <<



Dos&Donts: Jemen

Text Josef C. Ladenhauf

Dos

Verwenden Sie wenn möglich immer zuerst die rechte Hand, die Linke gilt als unrein. Gegessen und getrunken wird nur mit der Rechten. Gelegentlich hilft es sich anfangs die Linke bei Tisch dezent zwischen Oberschenkel und Sitzfläche zu legen. Auch beim Berühren von Personen und deren privaten Gegenständen sollte, wenn möglich, ausschließlich die rechte Hand verwendet werden.

Händewaschen vor dem Essen ist ein Gebot und wird unter schwierigsten Umständen beibehalten. Ebenso wäscht man sich Hände und Füße vor dem rituellen Gebet, welches fünfmal pro Tag erfolgt.

Versuchen Sie nach arabischer Sitte mit einem Stück Brot das Essen aufzutunken. Jedes Stück darf dabei nur einmal verwendet werden. Wer vorher die Bewegung zu Hause übt, hat bessere Chancen im Land selbst bei Gemeinschaftsessen regelmäßig satt zu werden, da sehr schnell gegessen wird. Falls Sie Besteck bestellen, verwenden Sie es ebenfalls nur mit der rechten Hand.

Es sollte schnell gegessen werden. So flink das Service in einer jemenitischen Garküche ist, so hastig wird gegessen. Wer langsam ist, bzw. im mitteleuropäischen Kautakt verweilt, erweckt beim Gastgeber den Eindruck, das Essen schmecke nicht.

Bei Einladungen empfiehlt es sich, kleine Geschenke für den Gastgeber mitzubringen. Beliebt sind etwa Ansichtskarten der eigenen Heimat, Bildbände sowie CDs, DVDs und Elektronikartikel. Kinder freuen sich über Stifte, Jojos und allerlei kleine Spielsachen. Frauen dürfen nur von Frauen Geschenke überreicht werden.



Donts

Einladungen und Geschenke sollten nicht auf Anhieb angenommen werden, egal wie überschwänglich sie ausgesprochen oder dargeboten werden. Dies entspricht der arabischen Mentalität. Es geziemt sich vielmehr ein oder sogar zweimal höflich dankend abzulehnen. Wenn das Angebot ein drittes Mal erfolgt, darf es angenommen werden.

Frauen dürfen in der Regel nicht von Männern angesprochen und schon gar nicht berührt werden. Umgekehrt werden Sie auch nicht erleben, dass eine Jemenitin das Wort an Sie richtet. Längerer Blickkontakt gilt bereits als Zudringlichkeit und sollte vermieden werden.

Frauen und Mädchen zu fotografieren ist tabu, selbst wenn diese verschleiert sind. Eine Frau kann jedoch fragen, ob man(n) fotografieren darf und sehr vereinzelt wird eine Aufnahme möglich sein. Auf keinen Fall darf jedoch ohne vorher zu fragen fotografiert werden.

Hunde gelten im Islam als unreine Tiere. Meiden Sie die Tiere und berühren Sie diese nie. Jemeniten sehen nichts weiter als Krankheitsüberträger in ihnen. Nicht selten werden sie mit Steinwürfen bedacht oder sogar erschossen.

Zeigen Sie auf nicht zu viele Gegenstände in den Häusern anderer Menschen und bewundern Sie mit Maß. Nach islamischem Brauch muss der Gastgeber ihnen die bewunderten Objekte überlassen. Erkundigen Sie sich nicht nach der Ehefrau des Gastgebers, da dies als höchst unschicklich gilt.





Hilfe zur Selbsthilfe - Der Marshmallow-Mann kommt

Text Cäcilia S. Smekal

Sie erinnern sich doch sicher noch an den Kinofilm Ghostbusters? Wir Mittzwanziger sind ja quasi aufgewachsen mit diesem Oeuvre der Lichtspielkunst. Gegen Ende - der Showdown naht - marschiert der kolossale Marshmallow-Mann mit dem freundlichen Gesicht in 30-Meter-Schritten unabwendbar gen Stadtmitte. Die Menschenmassen staunen ob des Zuckermasse gewordenen Kindheitstraums; doch die Ghostbusters sehen hilflos das Grauen dämmern.

Ich muss zugeben, so fühle ich mich angesichts der kommenden Fußball-EM. Man hat hierzulande keinen leichten Stand, wenn man Fußball hasst. Glauben Sie mir, ich habe mir das nicht ausgesucht, es ist einfach so gekommen. Großzügig toleriert werden nur Menschen, denen dieser Sport zumindest egal ist. Fußball-Allergiker/-innen, so wie ich, werden hingegen ins soziale Abseits gestellt. (Abseits, haha, Sie verstehen?) In jeder freundschaftlichen Gesprächsrunde kommt die Diskussion zwangsläufig irgendwann auf das Thema Kicken; sogar unter Frauen entkommt man ihm nicht mehr, seitdem sich die männlichen Spieler offenbar Spiegel angeschafft haben. In den Zeitungen wird dem schwarz-weißen Globus oft mehr Platz eingeräumt als der Politik. Vom Fernsehprogramm ganz zu schweigen: Stellen Sie sich mal vor, Sie vertragen keinen Käse. Aber in jedem Restaurant, in das Sie gehen, gibt es nur zwei Gerichte zur Auswahl und eines davon ist Pizza. Ihnen bleibt nur noch, was auf der Karte übrig bleibt, ob es Ihnen mundet oder nicht. Das Fernsehen

ist das Restaurant und meine Pizza heißt Fußball. Und das in Österreich, wo der Fußball schal schmeckt. Ich weiß nicht einmal wieso ich mich da so hineinsteigere. Ich bin wohl ideell verpolt. Es wäre ja auch viel einfacher, wäre mir die Dominanz von König Fußball einerlei. Ich müsste mich ja gar nicht darüber ärgern, aber schon als Kind war mir der ritualisierte Zirkus zuwider. Die Bedeutung des Fußballs und seiner Spieler ist so überschätzt wie Immobilienaktien. Trainerwechsel und Fanmeilen-Gezänk, das soll alles nicht in meine fußballfreie Luftblase dringen. In meinem perfekten Mikrokosmos schert sich kein Muli um Bundesliga und Uefa-Cup. Meinereiner sieht in der Fußballhysterie bloß trinkende Herden, lächerlich pseudowissenschaftliche Spielanalysen und eine Überflutung mit unerwünschten Reizen. Ja-ja sicher, das ist total unfair und ich missachte die positiven Seiten des Fußball. Ist mir egal.

Das allerallerschlimmste an der Chose ist für mich aber nicht einmal das Mediengedöns oder die psychologische Ansteckung einer Menschenmasse im Stadion. Nicht einmal die Intoleranz meiner Intoleranz gegenüber. Das Schlimmste ist das Gegröhle. Das ist mir höchstens aus anthropologischem Interesse erträglich. Trix und Flix machen das Ganze auch nicht gerade geschmeidiger. Übrigens, falls sich jemand melden mag: Ich überlege, eine Pfui-Fußball-Selbsthilfegruppe zu gründen. Wir können ja dann gemeinsam überlegen, wohin wir im Sommer 2008 auswandern. Dort gründen wir dann einen Microstate und rösten Marshmallows.



SCHRECKGESPENST KLIMAWANDEL



.europa.eu/comr

GLOBAL
A policy paper on EU-CHINA
Competition and Trade

Russia and the EU

Speech held by EU Commissioner Mandelson at the EU-Russia Centre on 17 October 2007. **Text** Peter Mandelson

In April I gave a speech like this in Bologna, on the same subject of the EU-Russia relationship. I argued then that relations between the EU and Russia were probably as difficult as they have been for a decade or more.

At the time I was rebuffed by some for my pessimism - or, more accurately, the concern that was interpreted as pessimism. But I think that my original analysis was right - I think if anything it has been reinforced by the last six months. And I think that any honest observer would accept that we are in a period that will test the EU-Russia relationship very seriously. Those of us on both sides who believe in the long term strategic and political importance of the relationship - who have absolutely no doubt that Russia and the EU cannot afford to see this often strained partnership deteriorate or weaken - have to be concerned.

Fundamentally, on the EU and Russia, I am not a pessimist - I certainly try not to be. But, to date, we have only a relatively brief modern experience of managing a relationship, as opposed to conducting a Cold War. Inevitably, Russia and the EU have very different perceptions of the period since 1989, as well as a lot of residual distrust, and I think that for this reason there is still a very great extent to which we do not understand each other as well as we need to. But there is also beyond that a much deeper hinterland of common European history and culture, and many on both sides who wish to see the EU and Russia grow closer together once again. There is no reason to believe that this cannot happen. But good reason to fear that it will

not if the political relationship is mishandled. The next year is likely to put strain on the EU-Russia relationship at precisely the points where it is most sensitive.

The transfer of Presidential power in 2008 will be closely watched and read in Europe and elsewhere as a bell-wether of the direction of Russia's politics and the development of its democracy. So will developments in the relationships between Russia and its near neighbours.

There are also diplomatic challenges. The EU will want to find agreement with Russia on the future of Kosovo. President Putin's visit to Tehran yesterday further reinforced the need for the EU and Russia to deal with Iran's nuclear programme within the UN framework as a collective security problem.

But what is really striking about the EU-Russia relationship is that political and strategic questions like these still share the same political stage with disputes over timber export taxes and the food export ban that is holding up the negotiation of the new EU-Russia bilateral treaty. Regardless of who is right or wrong, issues like these should not be allowed to dominate our relationship.

Yet because we have not put the fundamentals in place - because, if you like, the relationship does not have clear tracks to run on - the political machinery of the EU-Russia relationship repeatedly snarls up on the details, and the heavy emotional charges of history they carry on both sides. The relationship becomes all about short term political tactics, and not enough about long term objectives.

I want to focus today on how we can put some of the economic fundamentals in place, above all by integrating the EU and Russian economies better and getting Russia into the WTO. Because, of course, this area is closely tied to my work as Trade Commissioner, but also because closer economic integration is arguably the most effective way to anchor our changing societies and economies in habitual and mutually beneficial cooperation. And in doing so to counteract the inevitable political pressures threatening to pull them apart.

Closer economic integration

The economies of Russia and the EU look a bit like two cities joined only by a narrow road - and a gas pipeline. For two such large and economically complementary neigh-

bours there is a striking lack of economic integration. If you remove energy from the mix, Russia's exports to the EU are about the same as those of Morocco or Argentina. Russia is not really capitalising on the fact that it is so close to the huge European market, with strong human resources and a strong scientific and industrial tradition. In part because it lacks the stimulus of greater trade, the Russian economy is under-diversified and its SME sector is underdeveloped.

In the other direction, opportunities for EU trade and investment in Russia are limited by an uncertain business and political climate and barriers to imports. Current FDI rates are good and EU markets are pretty bullish on Russia, but for more risk adverse investors and traders outside of the energy sector there is still too little legal confidence and secu-

rity. And, as I have said before, we look in Russia for the entrenchment of a political and social system based solidly on the rule of law.

This is why I have always supported Russia's long-standing desire to conclude negotiations on accession to the WTO. WTO membership is not a cure-all for Russia's international economic challenges, but it is an inevitable first step, an essential springboard to closer economic integration with the EU and the global economy - and the growth and prosperity this will bring. It is the basic confidence builder for an economy looking to attract investment and trade. It is also the necessary first step towards an EU-Russia Free Trade Agreement and the basis for the kind of trade and investment opening we want to achieve through the negotiation of



manches möglich machen ...

CLAUDE MONET, SÉJOUR À VÉTHEUIL, UM 1890, ÖLAUF LEINWAND, ALBERTINA, WIEN - DANKERLEHNGABE DER SAMMLUNG BATLINER

... wie die Ausstellung „Monet bis Picasso – Die Sammlung Batliner“ in der Albertina. Erstmals wird diese bedeutende Kunstsammlung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Österreichischen Lotterien freuen sich über die Zusammenarbeit und wünschen der Albertina eine erfolgreiche Ausstellung und zahlreiche interessierte Besucher.

www.lotterien.at


österreichische
LOTTERIEN



the new Partnership Agreement. The WTO is not a strait-jacket we are trying to force Russia into; it is an opportunity that Russia is seeking.

I know that there are some in Russia who believe that current inflows of foreign investment and the oil and gas cushion mean that Russia has no need of further economic integration into the global economy or with the EU. That a protected economy means a more secure economy. In my view, this cannot be right. More than four fifths of Russia's exports are still hydrocarbons, raw materials and semi-manufactures - which means that more than a third of Russia's GDP is tied to commodities with volatile international prices. High energy prices are not the economic icing on the cake in Russia, they are the cake itself. Without the high prices, the cake shrinks. That is why Russia needs a more diverse economic platform on which to keep building its income growth. The bottom line is that whatever the costs of WTO membership in accepting to live by international trade rules and reducing the arbi-

trary discretion of the state in trade - and that is unfortunately a real question at least for some in Moscow - the gains from stability, economic diversification and growing trade and investment outweigh them many times over.

President Putin has repeatedly said that he is committed to WTO membership as the next step in Russia's global economic engagement, and as a ratchet for much of his own reform programme. The departing trade minister German Gref - to whom I would like to pay tribute - saw it as integral to the Russian reform agenda. So does the new Minister Elvira Nabiullina, with whom I shall be speaking to later today.

The great majority of conditions for WTO accession for Russia have been negotiated. The EU has not added any new ones. Both the objective and the timetable are clear. We have arrived at a point where only political will in Moscow can close the remaining distance. I hope Russia will capitalise on the time remaining to this administration to resol-

ve the final issues, rather than pushing the issue onto the desk of its successor. Indeed, we should strive to resolve the remaining issues between us ahead of next week's EU-Russia Summit in Mafra.

Energy politics

Energy is closely linked to this economic integration process. It is the biggest single issue in our economic relationship. Because of the structure of the energy sector in Russia, and the lack of a bilateral legal framework for energy trade and investment between us, there is a widespread concern that energy trade has been politicised and become less predictable.

Energy dependence on Russia is an inescapable part of the EU's short and probably longer term future - we have to accept that. But we also need to recognise that Russia has been a reliable supplier for many decades. Nevertheless, it is a simple reality that a quarter of the EU's gas needs are supplied by one foreign company. So the EU is under

standably looking for stability, legal predictability and security as well as energy.

If the EU wants security of supply it is fair to say that, given the huge costs of developing new fields and transport, Russia is equally entitled to security of demand from its biggest market.

There has to be a meeting of interests here. I accept that we have different views of how energy markets should ideally work. The EU wants - broadly speaking - competitive markets with strong rules, genuine rights of transit and the separation of energy production from distribution. Russia prefers state ownership, exclusive rights, vertical integration and limited transit rights.

Russia would probably prefer asset swaps as a way of integrating the EU and Russian mar-

kets, while the EU is oriented towards a genuinely integrated and transparent cross border market. It is time we stopped attributing deep value judgements to these two views, and got on with agreeing how they can interact and be brought together. The EU's decision to allow foreign control of transmission pipelines only by companies whose governments have signed agreements with the EU is not intended to keep those companies out. It is a way of promoting balanced opening with third countries while guaranteeing the security and integrity of the network.

It seems to me that an agreement that allows Russian investment downstream and European investment upstream, anchored in a broader economic integration agreement between the EU and Russia, would take a lot of the politics out of energy trade, without in any way denying Russia's legitimate right as

a state to take the maximum benefit from her oil and gas.

Better political management

Running alongside this economic integration agenda is the inevitable necessity to improve and strengthen political ties between the EU and Russia. The European Commission is one of the EU's most important interlocutors with Russia and the body that deals with the inevitable periodic irritants but we could build a much denser network of political contacts.

Obviously the EU also needs to make sure that this network of contacts is delivering a coherent and consistent message. Enlargement has complicated the relationship on both sides: there is no denying that fact. The EU is in any case a very complex animal in





Photo: O2 Photos

the way it manages its external relationships. These things complicate our joint Russia policy, but they do not excuse us from having one. The EU complains that Russia plays divide and rule between individual member states. But Russia can hardly be blamed for such behaviour when some in Europe appear to invite it, and fail to deliver a unified message. Russia is one of the examples of where the EU needs to apply stronger shared continental weight.

We should think, going forward, about the mechanism for this. One option may be the creation under the new Partnership and Cooperation Agreement of something akin to the Strategic Economic Dialogue created by the US and China; a regular top down structure focussed on addressing the detail of a range of economic priorities in trade, investment and energy. Such a body could service our summit meetings and allow these

to focus on the larger picture and the overall relationship.

Conclusion

The only way to prevent any one of the issues I have touched on today dominating our relationship is to make that relationship bigger than any individual issue. I believe the foundation for this can only be in deeper economic interaction and integration. Our urgent challenge is to get fundamentals like WTO membership in place so that we have the necessary ballast to handle a frank and constructive relationship on our shared neighbourhood and collective future without being capsized by each little trade or political storm.

George Kennan used to argue that the only way to live with Russia was to "let the Russians be Russian". I can see the appeal of that

in Moscow. But it does seem to me that this is not really enough. The shared European continent, and the forces of globalisation, will continue to push us together. Our goal should be a relationship that does not deny our differences, but that tries to address them constructively, and work around them where necessary. We need to bring as many as possible of our peoples into contact with each other - through our cooperation programmes, through our trade and through our politics.

The EU's search for accommodation and partnership with our largest neighbour is not amenable to quick fixes or simple answers. Each room of the edifice will need to be built with great care and dedication. But the whole building will only stand if it has solid economic foundations. <<

Krisenherd Tatarstan?

Von manchen Experten wird Tatarstan als Krisenherd von morgen bezeichnet. Ist das wirklich so? **Text** Gregor Waldhauser

Tatarstan, die knapp vier Millionen Einwohner zählende autonome Republik im Südwesten der Russischen Föderation, wird gerne zu Vergleichen mit Tschetschenien herangezogen. Warum? Sind die beiden autonomen Republiken einander so ähnlich? Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat es letztendlich nur zwei autonome Republiken gegeben, die das Selbstvertrauen hatten, Moskau dauerhaft die Stirn zu bieten und auf Autonomie zu drängen: Tschetschenien und eben Tatarstan. Beide hatten große einheimi-

sche Bevölkerungen, beide waren wirtschaftlich nicht von Moskau abhängig: die Tartaren durch ihre Autofabriken, die Tschetschenen durch ihre Ölraffinerien. Aber Tatarstan lag mitten in Russland und war eng in die russische Wirtschaft integriert. Während die Sezessionsbestrebungen der Tschetschenen immer deutlicher an die Oberfläche kamen und Jelzin, der neu an der Macht war, anti-kommunistische Rebellen, wie die tschetschenischen Nationalisten etwa, ermutigte ihre Parteiführer zu stürzen, so war der Kon-

flikt mit Tatarstan ein ganz anderer. In dieser Auseinandersetzung ging es um Macht und Ressourcen, nicht um gewaltsame Abspaltung. So legten der Kreml und Tatarstan 1994 in einem Vertrag schließlich auch ihre Differenzen bei.

Aber rechtfertigt ein gemeinsames Drängen nach Unabhängigkeit einen Vergleich mit dem Krisenherd Tschetschenien? Im Vergleich zu Tschetschenien, das im Jahr 1994 zu den Waffen griff, war der letzte geschichtlich nachweisbare Konflikt in Tatarstan im Jahre 1552, wo das einst von den Mongolen eroberte Gebiet an das Russland Ivan Wassiljewitsch des Vierten, oder auch Ivan des Schrecklichen gefallen ist. 1920 wurde die Tatarische ASSR gegründet, die seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 als Autonome Republik Tatarstan weiter besteht.

Während Tschetschenien seiner Anführer mehrfach brutal beraubt wurde, regiert in der ölreichen autonomen Republik an der Wolga seit 1989 Mintimer Shaimiev. Der vom Kreml eingesetzte und unterstützte Shaimiev, obwohl er die Souveränität Moskaus schon sehr bedroht hat, versteht sich als Förderer des Tatarischen Nationalgefühl genauso wie als Gegner desselben.

**Die Zeit vergeht schneller, als man denkt.
Sorgen Sie rechtzeitig vor!**



www.vorsorge-check.at

**Raiffeisen
Meine Bank**





http://president.tatar.ru

Er versteht es, friedvoll die Attribute eines modernen Staates zu sichern, wie zum Beispiel die Errichtung von eigenen Botschaften und Entsendung von Übersee Repräsentanten, und Moskau trotzdem zufrieden zu stellen. "Tschetscheniens größter Fehler" so Shaimiev, "war von Beginn an die Unabhängigkeit zu erklären. Russland holte sich die Länder nicht, um sie wieder herzugeben." Die "Tataren" sind ein Sammelbegriff für die Völker türkischer Abstammung, die im 13. Jahrhundert von den Mongolen unter Dschingis Khan angeführt in Teile Asiens und Europas einfielen. Es vermischten sich allmählich die mongolischen und die türkischen Völker und wurden dann von den Europäern zusammenfassend als Tataren bezeichnet.

Die historische Region Tatarien umfasste im Mittelalter Zentraleurasien vom Dnjepr im Westen bis zum Japanischen Meer im Osten. Heute sind die Tataren die zweitgrößte ethnische Gruppierung in Russland und sehen Russland genauso als ihr Vaterland an, wie die Russen. Gusman Iskhakov, Tatarstans Mufti meinte dazu "Das ist auch unser Vaterland, und das kann man sich bekanntlich nicht aussuchen!" Die Tataren bekennen sich überwiegend zum Islam, während der Großteil der Russen orthodoxe Christen sind.

Russland hat heute mehr Muslime als jeder Staat Europas, ausgenommen der Türkei, und die Muslime stellen Russlands schnellst

wachsende religiöse Gruppe. Kasan, die Hauptstadt Tatarstans, beheimatet auch die Russische Islamische Universität sowie die vermutlich größte Moschee Europas, auf alle Fälle aber Russlands. Die Kul-Scharif-Moschee in Kasan ist nach dem letzten Imam von Kasan, Kul Scharif, benannt und wurde auf Erlass von Mintimer Shaimiev im Kasaner Kreml errichtet und soll ein Denkmal für die 1552 bei der russischen Eroberung von Kasan gefallenen Tataren sein. Shaimiev wurde dadurch für den Kreml zu einer wichtigen Figur in der Arabisch-Russischen Diplomatie. Die Gästeliste zur Eröffnungsfeier der Moschee umfasste das Who-is-Who der Islamischen Welt, und auch mit einem besonderen Geschenk konnte der Präsident den Gästen aufwarten - eine neu aufgelegte Sonderausgabe des ersten Koran in tatarischer Sprache, wie er 1803 erstmals erschienen war.

Mit der benachbarten Maria-Verkündigungskathedrale gilt sie als Symbol für das friedliche Zusammenleben der muslimischen und orthodoxen Bevölkerung von Tatarstan.

Zurück zum Verdacht des Krisenherdes, der scheinbar noch keiner ist.

Shaimiev als Präsident wiedergewählt

Shaimiev wurde, nach einigen geringfügigen Veränderungen in der Verfassung Tatarstans, 2005 erneut wieder gewählt und trat damit

seine vierte Amtsperiode an. Demnächst finden in Russland Wahlen statt, und die Zukunft Putins, der Shaimievs größter Förderer ist, ist ungewiss. Damit ist auch Tatarstans Zukunft ungewiss, meine viele Experten. Es sind dieselben Experten, die Tatarstan heute schon als potentiellen Krisenherd bezeichnen.

Unabhängigkeitsbestrebungen, Öl, Islam, sowie ein seit fast zwei Jahrzehnten an der Macht befindlicher von einer Supermacht gelenkter Regierungschef, diese Liste an Faktoren kam in der jüngeren Geschichte schon oft vor, und bildete die Grundlage für viele der größten und prominentesten Dauerbrenner unter den Krisenherden der Gegenwart. Die Geschichte lehrt uns auch, dass vor allem die Einflussnahme aus dem Angloamerikanischen Raum diese Krisen geschaffen hat und zuvor die Weltöffentlichkeit über die Medien davor gewarnt hat.

Ist es wieder einmal soweit? Finden wir heute unter der Rubrik News wieder nur die alte Nachricht vom Rohstoff, speziell den Konflikt ums Öl am Beispiel Tatarstan wieder? <<

Budapests deutschsprachige Universität

"Fit für Europa" ist das Motto der postgradualen Andrassy Gyula Universität, die diesen Herbst ihr 5-jähriges Gründungsjubiläum feiert. **Text** Andreas Heuberger

Die Uni bietet vier internationale Studienrichtungen nach anerkannten EU-Maßstäben an: Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (LL.M.-Abschluss), Internationale Angelegenheiten, Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Mitteleuropäische Studien, die jeweils mit einem M.A. (Master of Arts) abschließen, sowie eine Doktorschule.

Die junge Universität mit internationaler Ausrichtung ist die erste deutschsprachige Universität, die nach dem 2. Weltkrieg außerhalb des deutschen Sprachraumes eröffnet wurde. Sie knüpft an eine bewegte Geschichte der deutschsprachigen Ausbildung an, die bis zur Schließung der Deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag durch die Benes-Dekrete im Jahre 1945 bestanden hatte. Die Universität ist ein Gemeinschaftsprojekt der Republiken Ungarn und Österreich, der Schweiz, des Freistaats Bayern und des Landes Baden-Württemberg. Die "Multinationalität als Konstruktionsprinzip" zeigt sich auch anhand der Professoren, die aus allen Partnerländern stammen, und den Studenten, die zu je einem Drittel aus Ungarn, deutschsprachigen Ländern und anderen mitteleuropäischen Ländern kommen. Die Idee, dass Studierende aus verschiedenen Ländern auf Deutsch kommunizieren, gemeinsam die europäischen Kulturen kennenlernen und Gegensätze und Gemeinsamkeiten studieren, steht ganz im Einklang mit der Vision eines friedlich geeinten, aber vielseitigen Europas über Staatengrenzen hinweg.

Die Andrassy Universität ist gleich hinter dem Garten des ungarischen Nationalmuseums untergebracht, und zwar in einem der schönsten Häuser Budapests, dem Palais

Festetics, erbaut 1867 von Miklós Ybl, der als Architekt der ungarischen Staatsoper international bekannt ist. Besonderes Schmuckstück ist der wunderbar restaurierte herrschaftliche Gebäudeteil mit repräsentativem Innenhof (die jährliche Sommerhofparty der Studenten ist bereits legendär!), dem barocken Treppenaufgang und dem Spiegelsaal, der auch für Bälle, Konzerte, festliche Anlässe und Konferenzen Verwendung findet.

Doch das historische Ambiente allein wäre nicht genug, würde es nicht ergänzt durch Vortrags- und Seminarräume mit Videobeamern und anderer modernster technischer Ausstattung, sowie ausreichend Computerarbeitsplätzen mit Internetzugang für alle Studenten. Die Bibliothek, in der man neben studienrelevanter Fachliteratur auch aktuelle

Zeitungen und Zeitschriften findet, bietet in einer Vorlesungspause auch die Möglichkeit, sich mit dem druckfrischen "Standard" und einem Kaffee in der Cafeteria dem Studium der aktuellen Tagesgeschehnisse zu widmen.

Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften

Die Fakultät führt graduierte Juristen in der Vertiefung des europäischen Gemeinschaftsrechts zusammen. Die Absolventen erwerben - nach zwei oder vier Semestern - einen LL.M. Im Zentrum des Studiums steht das Recht der EU mit Schwerpunkten im Wirtschaftsrecht, Binnenmarktrecht, Vergleichenden Staats- und Verfassungsrecht und im EU-Finanzrecht. Besondere Beachtung



finden die Rechtsordnungen der neuen mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten.

Internationale Angelegenheiten

Politikwissenschaften bilden den Kern dieses interdisziplinären Studienganges. Aufbauend auf den politikwissenschaftlichen Grundlagenfächern werden im Rahmen vertiefender Vorlesungen aus den Bereichen Ideengeschichte, Internationale Beziehungen, Europapolitik, Governance und Sicherheitspolitik die Grundlagen geschaffen, um die Probleme der heutigen Politik in ihrer Komplexität analysieren zu können. Das politikwissenschaftliche Modul wird ergänzt durch Ökonomik (Europäische Wirtschaftspolitik, Internationale Ökonomik, Transformation und Entwicklung) und Recht (EU-Recht, Völker- und internationales Vertragsrecht).

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Recht und Praxis der Diplomatie: Durch eine Stiftungsprofessur des deutschen Auswärtigen Amtes werden u. a. Public Diplomacy sowie Außen- und Sicherheitspolitik vermittelt. Auch Mitarbeiter aus den diplomatischen

Diensten anderer Partnerländer halten regelmäßig Vorlesungen, Seminare und Gastvorträge an der Universität.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Schwerpunkt des Studienganges ist die Ökonomik: Ziel ist es, ein umfassendes Verständnis für die europäische Wirtschaftsintegration und die Wirtschaftspolitik in Europa zu vermitteln. Für Studierende mit wirtschaftswissenschaftlichen Vorkenntnissen besteht durch die Anerkennung von Vorleistungen die Möglichkeit, das Studium zu verkürzen oder sich mit zusätzlichen Wahlfächern ein individuelles Studienprofil zuzulegen.

Mitteuropäische Studien

Die Fakultät für Mitteleuropäische Studien will im Hinblick auf ein Europa der Regionen junge Graduierte aller Fachrichtungen interdisziplinär mit den Kulturtraditionen Mitteleuropas vertraut machen und somit Hintergrundwissen zum besseren Verständnis aktueller Problemstellungen in der mittel-

und osteuropäischen Politik, Kultur und Gesellschaft vermitteln.

In allen vier postgradualen Studiengängen werden Absolventen unterschiedlicher fachlicher und kultureller Herkunft auf Führungsaufgaben im internationalen Bereich vorbereitet. International anerkannte Professoren vermitteln politische, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Kenntnisse, die für Aufgaben in Internationalen Organisationen, politischen Institutionen, EU oder multinationalen Unternehmen qualifizieren. Exkursionen, Praktika sowie Gastvorträge und Seminare von Praktikern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und den diplomatischen Diensten der Partnerländer ergänzen das Curriculum. In einer Konzeption für ca. 25 Studierende pro Jahrgang und Studienrichtung garantieren die Programme persönliche Förderung, eine multinationale Studiengemeinschaft und eine unvergleichlich gute Betreuungsrelation.

Die Studiengänge werden in Kooperation mit den Universitäten St. Gallen, Linz, Heidelberg, Bayreuth und Passau durchgeführt. Die Studiengebühr auf der Andrassy Universität beträgt übrigens 165.000 HUF pro Semester (rund 600 EUR), was für ein Postgraduate-Studium durchaus moderat ist.

Neben dem Lehr- und Forschungsbetrieb finden natürlich auch regelmäßig öffentliche Vortragszyklen, Symposien und Kongresse statt. So bietet zum Beispiel der monatliche "Club of Ambassadors" auch Studenten die Möglichkeit einen direkten Einblick und Kontakte in die Welt der Diplomatie zu bekommen.

Im Rahmen der diesen Herbst stattfindenden Feierlichkeiten zum 5-jährigen Gründungsjubiläum der Universität hielt bereits die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel einen viel beachteten Gastvortrag an der Universität, und auch die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik besuchte Anfang Oktober die Andrassy Universität.

Nähere Informationen unter:
<http://www.andrassyuni.hu>

<<



Über Sudokus und Witwencaßen

Der Mathematiker Leonhard Euler feiert seinen 300. Geburtstag. Doch was hat das mit uns zu tun? **Text** Irene B. Stöckl

Alles schon mal gehört - Euler. Da war doch was in der Schule. An der Eulerschen Zahl kam wohl kein/e Schüler/-in vorbei. Sie ist die Basis des natürlichen Logarithmus und der natürlichen Exponentialfunktion und sehr sehr lang. Wichtig ist diese Zahl auch in der Wahrscheinlichkeitstheorie. Bad News. Leonhard Euler, das heurige Geburtstagskind, ist nicht der Begründer der Euler'schen Zahl. Nicht klar ist auch oft, was dieses Herumrechnen und diese Mathematik uns eigentlich bringt, außer einer harten Schulzeit.

Jedoch, Mathematik ist eine der wichtigsten Wissenschaften des täglichen Lebens. Keine Finanztransaktion auf dieser Welt würde ohne die Grundlagen der Mathematik stattfinden, kein Auto auf der Straße fahren. Und für Politiker wäre es vielleicht auch manchmal besser, wenn sie ein bisschen besser rechnen könnten. Denn manchmal erfinden sie das Rad auch neu.

Schlag nach bei Euler

Bereits Anfang des 18. Jahrhunderts hat sich Leonhard Euler in fast 900 Werken den Kopf über eine Vielzahl von Problemen zerbrochen und deren Lösung in mathematischen Artikel und Dokumenten festgehalten. So wurde in "Neues Hamburgisches Magazin" auch als "gesammelte Schriften, aus der Naturforschung, der allgemeinen Land & Stadtkonomie und den angenehmen Wissenschaften überhaupt" die Abhandlung zur Berechnung einer Witwencaße von Leonhard Euler 1770 veröffentlicht. Demnach soll ein Mann, der m Jahre alt ist seiner Frau mit Alter n in eine Witwencaße Geld einzahlen. Nach Ableben des Mannes soll dann die Witwe eine jährliche Pension von p erhalten. Im folgenden er-

läutert Euler in mathematischen Formeln, wie das denn funktionieren soll. Ironisch an der Geschichte ist, dass sich Euler auch mit den neuen Grundsätzen der Artillerie beschäftigt hat. In einem 1745 veröffentlichten Buch errechnet er, auf Grundlagen der Newtonschen Gesetze des Widerstands, Grundsätze zur Bestimmung der Gewalt des Pulvers nebst einer Untersuchung über den Unterschied des Widerstands der Luft in schnellen und langsamen Bewegungen.

Ein Leben für die Mathematik

Kann man nun Euler einen Vorwurf machen, dass er einerseits den Witwen eine Pensionskasse verschaffen will und andererseits eine Verbesserung von Waffen und Munition vorschlägt? Nur wenn man jedem anderen Wissenschaftler bzw. Mathematiker eine moralische Verantwortung für sein Forschen und Arbeiten überträgt. Tatsache ist, dass sich Leonhard Euler als eine der produktivsten Mathematiker aller Zeiten mit einfach allem beschäftigt hat.

Der 1707 geborene Leonhard Euler beginnt 1720 an der Universität Basel zu studieren. Zunächst belegt er jedoch die Fächer Theologie, Orientalische Sprachen und Geschichte, wechselte aber rasch zur Mathematik unter der Patronanz von Johann Bernoulli. Dieser Johann Bernoulli erkannte das Genie Euler und nahm ihn unter seine Fittiche. Bereits 1727 wechselte er an die zwei Jahre zuvor gegründete Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg als Professor. 1741 akzeptierte er, auf Grund von politischen instabilen Verhältnissen in Russland, das Angebot Friedrichs des Zweiten an die Preußische Akademie in Berlin zu gehen. Dort übernahm er die Position des Direktors der Mathema-

tikabteilung. Allerdings ließ er den Kontakt zu St. Petersburg nicht abbrechen und arbeitete an engen Beziehungen zwischen den beiden Institutionen. 1766 kehrte er schließlich zur Akademie der Wissenschaften auf Einladung von Katharina der Großen zurück. 1771 erblindete Euler schließlich nach einer Augenoperation vollständig. Dennoch setzte er seine Arbeit in St. Petersburg bis zu seinem Tod im Jahr 1783 fort. Bereits zu seinen Lebzeiten war er hoch angesehen und berühmt.

Und was ist geblieben?

Der Einfluss von Eulers Werk ist weitreichend. Seine Berechnungen bilden wichtige Grundlagen und Fortschritte in der Akustik, der Astronomie, der Mechanik, Ballistik und der Musiktheorie. Und für all jene, die mit diesen Dingen nichts zu tun haben wollen, bleibt eine immer beliebter werdende Freizeitbeschäftigung - das Sudoku.

Das Sudoku hat in den letzten Jahren einen Siegeszug unter Rätselfreunden angetreten. Klingt Japanisch ist es aber so wenig eine japanische Erfindung wie die Eulersche Zahl eine von Euler ist. In dem Fall ist es auch der Name, der aus dem Japanischen kommt und so viel heißt "Jede Zahl nur einmal". In Japan nennt man es dann viel öfter Nanpure. Und in gewisser Weise ist das Rätsel von Euler, der in einem Aufsatz von 1779 "Recherches sur une nouvelle espèce de quarrés magiques" das Phänomen der lateinischen Quadrate beschreibt. Was wir von dem Ganzen lernen können, Euler verfolgt uns sogar noch dann, wenn wir in der U-Bahn fahren und unser/e Sitznachbar/in eine Eulersche Matheaufgabe auflöst.

<<



LEONARDVS EVLER .
qui
cognitione sua naturae arcana reclusit .

In honorem amici J. S. Seiblin

Becker pinx. Petropoli 1777

G. G. G. G. G. G.

To The Point: The Treaty of Lisbon

The 27 Member States agreed on a modernisation of the European Union on 18 October 2007 at the EU summit in Lisbon. With this new Treaty of Lisbon, which will be ceremoniously signed on 13 December 2007, the EU will attain a modern handbook.

1 The Treaty of Lisbon will lead to a strengthening of citizens' rights

Fundamental rights have not been a part of the EU treaties until now. This will change with the Treaty of Lisbon, when the EU Charter of Fundamental Rights will become legally binding. The EU's citizens will be able to take legal action before the European Court of Justice when they feel that their basic rights have been infringed by EU regulations or directives. The Charter will be binding on all institutions and bodies of the EU.

By attaining legal personality the EU will be able to accede to the European Convention on Human Rights, thus strengthening the protection of human rights in the whole of Europe.

2 Strengthening of Direct Democracy

An element of direct democracy will be introduced for the first time on the European level with the European Petition. In the future, citizens will be able to call upon the European Commission to make a legislative proposal by collecting one million signatures from a substantial number of Member States.

The new Treaty requires all institutions of the EU to hold an open, transparent and regular dialog with the civil society. They have to enable the citizens and their representative associations and unions to make their views in all areas concerning the EU publicly heard and give them the possibility of exchange these views. The Commission is obliged to organise public hearings.

3 Strengthening of the European Parliament

The European Parliament practically obtains full participation in European legislation besides the Council. 95% of all "European laws" will in future be passed together by the Council and the directly elected European Parliament. Moreover, the European Parliament will attain additional controlling powers.

4 Active Participation of the National Parliaments

The participation and controlling rights of the national parliaments will be considerably strengthened by the Treaty of Lisbon. The national parliaments will be actively involved into the European decision-making process.

The national parliaments can object to the Commission's proposals when a planned scheme encroaches on national competence.



5 The EU Will Become More Understandable/Comprehensible

Clear Set of Goals

The European Union today counts 27 Member States and nearly 500 million citizens. The EU, in all its diversity, unites a common set of fundamental values and an unmistakable European way of living. The Treaty of Lisbon clearly combines and defines these common values on which the EU is founded for the first time. Among these values are the respect for human dignity, freedom, democracy, the rule of law, human rights, diversity, tolerance, justice, solidarity and the equality of man and woman.

The Treaty of Lisbon also states the common goals that the EU is pursuing. Amongst these are: the promotion/advancement of peace, values and the welfare/well-being of the Union's peoples; Europe's sustained development on the basis of a balanced economic growth and price stability; a competitive social market economy that aims for full employment and social progress; the protection of the environment; the fight against social exclusion; the promotion of social justice; solidarity between the Member States and the protection and development of Europe's cultural heritage.

6 Clearly Defined Tasks

The Treaty of Lisbon will introduce a clear distribution of tasks and responsibilities between the European Union and its Member States for the first time. This clearly lays down for what the EU is and is not responsible. Competition rules for the proper functioning of the internal market, the customs union, the trade policy and the monetary policy for the euro states belong to the exclusive competencies of the EU. Agriculture, the environment and energy are examples of shared competencies between the Union and the Member States. All competencies that have not been exclusively assigned to the EU remain with the Member States, e.g. national security. The Member States remain the "masters of the EU Treaties": They can also decide at any time to reassign EU responsibilities back to themselves.

7 Adjustment of the EU's Structure

The EU has until now been organised into three pillars, for which numerous decision and control procedures have been in place: the European Community, the area of Common Foreign and Security Policy, and the co-operation in police and criminal justice matters. The Treaty of Lisbon puts an end to this highly complex system. In future the approved "Community method" will be used in nearly all policy areas. A different procedure will only be used in exceptional circumstances, especially in foreign and security policy.

8 A More Effective Voice in the World

In future the High Representative will represent the Union in its common Foreign Affairs and Security Policies. He will lead the Ministerial Council for Foreign Affairs and will also be a Vice-president of the Commission. The High Representative will be supported by a European Foreign Service.

The UN and the internet

Has the UN entered the new information age? That was what participants in Wels and around the globe asked on 16 November 2007 in Wels. **Text** Michael Platzer

Even after 12 hours of live video Internet discussions among 30 participants on five continents grouped in four panels dealing with research, human rights, peacebuilding, and communicating with youth, it was still not clear whether the UN had fully grasped the potential of the new digital media.

The Academic Council for the United Nations System and the World Wide Education Web, based in Wels Austria, had organized on 16 November a web-based conversation with an audience estimated in the thousands about the benefits and dangers of the new information technology. Connections were established with UNITAR (Program of Correspondence Instruction on Peacekeeping Operations), the Governance and Public Administration Branch in NY (UN Peacekeeping Portal), UN Department of Public Information (Outreach Division), UN Rapporteur on Torture (via a video clip) in addition to officials from the Office for the Coordination of Humanitarian Affairs and UN Office of Drugs and Crime, as well as the Director of the United Nations Information Service in Vienna, who came through snowstorms to the digital conference center in Upper Austria.

The Conference was opened by Edward Mortimer, the former speechwriter of Kofi Annan, who stated that while the new information technology is one of the drivers of globalization and also reduced travel expenses (plus airplane pollution), it did not have the same magic as old-fashioned face-to-face "in aisles" communications. He revealed

the origins of one of Annan's original concepts of "frog leaping" - developing countries need not go through all the stages of development, as exemplified by the mobile phone - was a misreading of one of Mortimer's speeches. It was later revealed that although Kofi Annan had a face book entry the current Secretary General does not. Ian Williams from the Guardian said the UN was starting to let bloggers into the building (Inter City Press was a particular investigative "thorn") but bemoaned the loss of standards and that original material produced by journalists was reproduced on various sites without compensation. James Arbuckle, a Canadian peacekeeper with a great deal of experience in various UN and OSCE missions, also felt that misinformation could be spread faster and said the basic principles of getting the facts right and doing no harm remained as valid as ever.

New social media & mobilization power

Dan McQuillan from Internetartizans and Amnesty International, on the other hand, argued that the new social media had a tremendous mobilization power (of UN values) and for establishing social action networks. Examples of bikers in Sao Paulo monitoring the police with mobile phones, a prisoner in Cairo maintaining a blog, student demonstrations on You Tube, and live videos from Greenpeace actions were sent by Stephanie Hankey, the Director of the Tactical Technology Collective, which supports human rights NGOs in developing countries. Another vi-

deo clip was sent by Ethan Zuckerman, founder of Geekcorps and Tripod and now Research Fellow at the Berkman Center for Internet and Society at Harvard University, who has also set up a blog "Global Voices" among social justice NGOs. He emphasized that exchanging information about techniques and tactics (to avoid censors) is as important as exchanging substance. The UNIS Director referred to internet bloggers and illegal radio stations as the "social conscience" of the world. Promoting a better understanding of the "other" was the message of Walther Lichem, adviser to the Peoples Movement for Human Rights Learning. Sameer Padania, from the path breaking organization, Witness (which has promoted videotaping for human rights advocacy and protection for twenty years), announced a new HUB for the better retrieval of human rights materials on the web. The 35,000 entries related to "torture" and the 1.5 million entries related to the United Nations on You Tube were later cited by Michael Platzer.

Engaging the youth

The challenges of interesting youth in the UN were honestly dealt with by Gregor Waldhauser of the Austrian Academic Forum for Foreign Affairs who indicated that young people are cynical about the traditional "one-sided" media. Ingrid Lehman from the University of Salzburg, revealed, from a five-nation university student opinion survey, that there were quite different opinions about the United Nations in Austria, Middle East, and

the US but also the sad fact that only 16% knew the founding year of the UN. Axel Wu-estenhagen spoke of the deplorable state of teaching about the United Nations in Austria. Niko Jilch described the project to establish a Cyber School Bus in German. Mathias Kettemann, from the University of Graz, described two human rights projects which established clear links between more democratic multi-stakeholder discussions and developed information societies. While Veronika Bauer, from the European Training and Research Centre, (from her sick bed in Graz) informed the virtual conference of the efforts to survey the digital human rights libraries. Professor Wolfram Karl from the Austrian Centre of Human Rights at the University of Salzburg chaired the session on human rights and suggested there were different notions of privacy between young people and adults. Bill Yotive from the UN Global Teaching and Learning Project described the various efforts the UN was making to reach youth (text messaging, live videochats, discussion forums).

The most exciting demonstrations of the new technologies came from the contributions from Brazil and Ghana. John Mathiason of Syracuse University said the new techno-

logy opened the world for new forms of academic exchange - 50 students can attend one seminar from 50 locations worldwide.

Distance Learning via new technologies

Foster Ofosu from the World Wide Web University described the distance learning that they were already undertaking in Africa, Asia, and the Middle East via the new technologies. Vivian Attah from the Ghana Institute of Management and Public Information related the efforts being made in Africa to connect institutions, individuals and NGOs in 80 countries - with VoIP, video conferences, internet, CDs, DVDs, and iPods. The Distance Learning Center runs 75 training sessions for 3.500 participants. Gay Rosenblum Kumar from the UN Peacebuilding Portal described her platform for discussions among hundreds of NGOs dealing with peacebuilding and gender issues in Africa and the plans to expand to other regions and topics. The 20 separate courses offered by UNITAR through "blended media" (booklets, CDs, downloads, internet interactions) to 8.000 peacekeepers annually was described by General Tim Ford from Australia (via a video clip) and live by Harvey Langholtz, the proud Director of the program. The Project Manager of the Relief-

Web, Mark McCarthy, spoke of how the UN uses the new technology to coordinate relief operations, which is particularly useful not only for small NGOs who wish to assist in emergencies but also media, research institutions, and for empowering people.

The follow-up was discussed by Henrike Paepke and Julia Harfensteller, the co-chairs of the ACUNS UN Studies Working Group which has established a Wiki Portal for scholars and teachers of UN related topics and the seminar that will be organized at the annual conference in June in Bonn. Paul Linarz of the Deutsche Welle concluded the colloquium by listing the benefits of the new technology - rapid access to information, network building, participation, digital democracy, alternative sources of information - but it cannot replace old-fashioned media, he said, nor face-to-face communication.

The participants lucky enough to have been in Wels were able to enjoy a walking tour of the old Roman capital of Noricum, which was the crossroads of several civilizations during the first centuries of the first Millennium. It was sponsored by the City of Wels, which for one day was the center of the UN digital universe. <<



At the Wels Colloquium participants discussed the possibilities of ICTs for the work of the United Nations.

Weder Buchstabensuppe noch Bürokratiegeschichte

Das neue Buch von Paul Kennedy "Parlament der Menschheit - die Vereinten Nationen auf dem Weg zur Weltregierung" liefert einen großartigen Einblick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der UNO. **Text** Irina J. Beikert

Kein geringerer als der bekannte Makro-Historiker Paul Kennedy, dessen Standardwerk "Aufstieg und Fall der großen Mächte" in keinem gut sortierten Bücher-schrank fehlt, widmete sich in seinem neuen Buch "Parlament der Menschheit - die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung" der nun 60-jährigen Geschichte der UNO. Kein leichtes Unterfangen bei der enormen Komplexität der Weltorganisation, der sich im Laufe der Jahre alle souveränen Staaten der Welt angeschlossen haben.

Mit Bedacht ausgewählte Struktur

Mit Bedacht wählte Kennedy daher die Struktur des Buches. Im ersten Teil schildert er plastisch die Anfänge und das Ende des Völkerbundes und die Euphorie bei der Gründung der UNO - der Leser mag sich dabei fast wie am Verhandlungstisch fühlen. Es folgt ein drastischer Schnitt im zweiten Teil: dem anfänglichen Optimismus der Gründungsväter weicht nun die Analyse des Schaffens der letzten 60 Jahre. Kennedy scheut sich nicht auf die von vielen Seiten einprasselnde Kritik an der UNO einzugehen, aber wendet sich entschieden gegen die neokonservativen Kreise in den USA, die mit ihrer Politik die UNO schwächen und ihr so großen Schaden zuführen.

Dem Leser wird unverblümt mitgeteilt, dass die UNO sehr, sehr viele Abkürzungen ver-

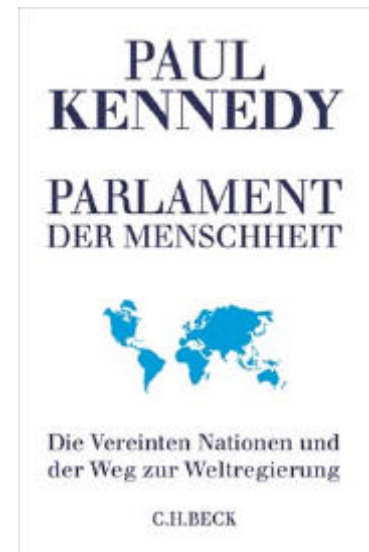
wendet, denen man aber wenig Aufmerksamkeit schenken und sich ganz und gar auf den Inhalt konzentrieren soll, dadurch gelingt es ihm schlussendlich, sich nicht in verwirrenden Details zu verzetteln, sondern den Blick frei zu halten für die umfassende Evaluation des Wirkens und leider auch Nicht-Wirkens der UNO.

Die Kapitel widmen sich nun dem Sicherheitsrat, der Generalversammlung, der Friedenserhaltung, den Wirtschaftsprogrammen, den Teil-Organisationen, den Menschenrechten, sowie insbesondere dem Verhältnis der UNO zu Trägern der Zivilgesellschaft.

Die Zukunft der UNO

Der letzte Teil beschäftigt sich mit der Zukunft der UNO. Er selbst outet sich als Reformbefürworter, aber nicht als Radikalreformer. Ausdrücklich gibt Kennedy zu bedenken, dass die Welt in den letzten 60 Jahren enorme Veränderungen erfahren hat, wie die Verdreifachung der Weltbevölkerung, die Entkolonialisierung, den Kalten Krieg, die Klimaerwärmung oder Staatszerfalls-Kriege - alles Phänomene an die man 1945 noch lange nicht dachte und die UNO vor immer neue Herausforderungen stellte, für die es keine "Kochrezepte" zur Bewältigung gab.

Die Stärke des Buches besteht zweifelsohne darin, dass er die UNO nicht nur durch den



Bio:

Paul Kennedy unterrichtet als Professor an der Yale University in den Vereinigten Staaten. Davor war er Fellow am Institute for Advanced Studies an der Princeton University und der Alexander von Humboldt-Stiftung in Bonn.

Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen zählen "In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert" (1996), "From War to Peace: Altered Strategic Landscapes in the Twentieth Century" (2000) und eines wohl seiner bekanntesten Werke "Aufstieg und Fall der großen Mächte" (2000).

Sicherheitsrat repräsentiert sieht, sondern auch dem Wirtschafts- und Sozialrat einen großen Platz einräumt. Sollte der ECOSOC doch eine Kopie des UNSC sein, der sich anstatt mit der internationalen Friedenssicherung, sich um Wirtschaft, Gesellschaft, Gesundheit, Umweltschutz, Menschenrechte und Völkerverständigung als zweiten Pfeiler für eine friedvolle Welt bemühen sollte. Heute wissen wir, dass dieses ehrgeizige Projekt so nicht in die Tat umgesetzt wurde, hatten doch die Großmächte ihre Privilegien im Sicherheitsrat gesichert und gaben sich im ECOSOC mit 18 turnusmäßig wechselnden Mitgliedern zufrieden. <<

MA PITOM

der event
AGENTUR

jedes fest an jedem ort
organisation presse pr

MICHAEL FEYER

A-1010 Wipplingerstraße 13/13

01 - 533 82 69

mapitom@aon.at www.mapitom.at

**Nutzen Sie unsere über 25-jährige Erfahrung im Event Bereich
und die ebenso lange Erfahrung in der Gastronomie**

**Erzählen Sie uns Ihre Wünsche,
wir setzen diese individuell um**

**Eine kreative Idee, sorgfältige Planung
und professionelle Durchführung ergeben das perfekt Event**



Works of Art at the UN

When you are taking a standard tour through the United Nations' Headquarters in New York you pass by some of the art work displayed within the building but not all of it. **Text** Irene B. Stöckl

Sotheby's once rated the art collection at the UN Headquarters in New York. The results were astonishing. Almost 15 pieces of art were Class 1, which means the highest classification. If you look into the rating system of Sotheby's you will find out that Class 1 stands for highly important work of art, sought after, historically significant. One of the most important pieces is a Peruvian Burial Mantle which was given special mentioning. It is said to be 2.000 to 3.000 years old. But there is also Chagall's stained glass window (bottom right) or Matisse's collage "Torch of Hope" or Henry Moore's "Reclining Figure: Hand". Even Fernand Leger's murals in the General Assembly Hall (on the left). Although these two abstract murals were not always everybody's favorite. Some say that they resemble Bugs Bunny. President Harry Truman once even described them as Scrambled Eggs. They were installed just prior to the opening of the General Assembly Hall in 1952.

In Memory of Dag Hammarskjöld

Some of the finest items were donated in memory of Dag Hammarskjöld after his death in 1961. The "Reclining Figure: Hand" and the more than seven meters tall "Single Form" sculpture by Barbara Hepworth. These memorials can be seen by visitors.

As a matter of fact though, not everybody can just send in their art work. It is a rather complex and certainly diplomatic process. Works of art at the UN Building is mostly donated by member states. And since every country thinks its art work is the most important one they want it to be placed at the best

spots within the building. Still, space is limited.

The UN Arts Committee

Therefore, a UN Arts Committee was created. Because not all works of art are of prime quality this UN Arts Committee decides which pieces are going to be placed at what spot.

As soon as art had been donated states did not maintain them. In 1990 Secretary General Pérez de Cuéllar reported to the Fifth Committee of the General Assembly that the question of conservation of art work at the UN Building had not been resolved. Then, in 1992 Joint Inspection Unit submitted a report entitled "Managing works of art in the United Nations" to the Fifth Committee of the 48th General Assembly. That report recommended that a modest budget should be devoted to the management of art at the United Nations. With this money a part-time

curator should also be hired and paid for. Further, the Arts Committee should be strengthened.

Still the General Assembly voted against this recommendation and stated that the conservation and management of works of art should not cost any additional money.

Heritage of the League of Nations

In addition to the works of art at the UN itself the United Nations have also inherited four huge paintings by French artists from the League of Nations. In 1938 they were re-installed at the Palais des Nations. When the Assembly Hall was renovated in 1960 they were rolled up and put into safe storage. Eventually, the appropriate decoration of the Headquarters have always been of concern, even of the architects of the UN Building itself. Some were purely ornamental, some represented important themes of the United Nations such as peace. <<





Float: 100 x 100 x 4cm
Acrylic
Pearl White & Coffee



Futile Persecution:
100 x 100 x 4 cm
Mixed media & Acrylic
Black & Silver

Abi Adeyemi

"I am always doing that which I cannot do, in order that I may learn how to do it". (Picasso) **Text** Abi Adeyemi

My artwork is organic - constantly evolving with flow of vibrant energy through colour and texture.

I deduce that one of my stronger attributes as an artist, is my creative ability to blend a diverse range of media using undertones of music and the turbulence of life experiences.

The act of creation is usually like a journey; an interactive process between myself, the canvas and the paint. My work is based on the concept of infusing moods and

elements. My paintings are vivid, full of life and colour, because this is what I am. They are a reflection of my inner self; the respect of the life I lead and treasure.

Titles are often instantaneous and typically infer a correlation between the piece and a snapshot of life at that moment.

Each painting is an eclectic mix of messages open to the interpretation of all.

My work is not prescriptive because I have my own influences and this can only serve to inspire me more. Free will is a

prerequisite for my work.

My "acrylics" are in different sizes and are all extremely marketable depending on your taste and statement.

My "acrylics" - merely all abstract expressionist pieces - are "my statement", they are "my will", they are "me".

Abi Adeyemi is a 27-year old Nigerian painter living and working in London, England. She is an abstract painter predominantly working in acrylic on canvas. <<

Euphoria: 50 x 50 x 4 cm 3 set, Mixed media & Acrylic, Various Colours



Sieben Tage Teheran

17 Mitglieder des AFA haben im Juli an einer einwöchigen Reise in den Iran, ein Land, das im Kreuzfeuer der internationalen Politik und Medien steht, teilgenommen.

Text Stella Szonn und Leila Salehi Ravesh

Lavasan, 24 Uhr, 30°C. Während eines längeren Stromausfalles sitzen wir beisammen und lassen unsere Woche im Iran bei Kerzenlicht und Wasserpfeife Revue passieren.

Noch vor ca. sieben Tagen versuchten Freunde und Verwandte uns von der Reise in den Iran abzuraten. Schließlich hört man ja nur Negatives und Bedrohliches in den Nachrichten über das Land und uns könnte ja was passieren. Nun schmunzeln wir über solche Warnungen, denn bedroht haben wir uns nie gefühlt. Sicherlich reicht ein einwöchiger Aufenthalt nicht für einen kompletten Durchblick aus. Aber oftmals bewirkt das eigene Wahrnehmen mit allen Sinnesorganen und das Hineinschnuppern in die gesellschaftlichen Strukturen in einer bis dahin fremden Stadt, schon erstaunlich viel. Mittlerweile fühlt sich sogar das Hijab (Kopftuch) ganz vertraut auf unserem Haupte an und unser Körper hat sich endgültig an die heiße und dünne Luft

von über 1000m Höhe gewöhnt.

1. Tag

Auf unserem Weg zum iranischen Parlament sahen wir Teheran endlich bei Tageslicht. Wir schlängelten uns durch unglaublichen Verkehr, vorbei an der ehemaligen amerikanischen Botschaft, wo uns vor allem die großflächige antiamerikanische Auftragswandmalerei ins Auge fiel.

Dr. Bahrami, der Präsident der österreichisch-iranischen Freundschaftsgruppe, gab uns eine Führung durch das mehr als 100 Jahre alte Majlis (Parlament), mit dem Plenarsaal und hübschen Glasmosaik verzierten Räumen, die oder einem an die Märchen von 1001 Nacht erinnern.

Am Nachmittag gab uns der Leiter des WFP im Iran ein Überblick der Probleme, mit denen sich dort ansässigen UNO Institutionen befassen: Straßenkinder, mangelnde Schul-

ausbildung und Nahrung, afghanischen Flüchtlinge, Drogen, HIV/AIDS, Frauenrechte, Prostitution und Naturkatastrophen.

Auch die Erzählung von Vertretern der UNICEF und dem UNHCR hinterließen den Eindruck, dass die Motivation bei der Arbeit und der Wille der Regierung mit der UNO zusammenzuarbeiten, vor dem Amtsantritt des Regierungschefs Ahmadinejad besser war.

Zwischendurch blieb noch kurz Zeit in eine Mall zu flitzen, auf der Suche nach neuen Mänteln und Hijabs. Die Kopftücher zogen wir vorsichtshalber etwas tiefer in die Stirn, um nicht die unliebsame Bekanntschaft mit den Religionswächtern zu machen. Die Kleiderregelung und Überwachung ist in den Sommermonaten strenger geworden: Frauen dürfen keine farbigen Mäntel und ausschließlich lange Hosen oder Röcke tragen, was die Hitze nicht unbedingt erträglicher macht.





2. Tag

Am Vormittag erlebten wir einen hochoffizieller Empfang im Büro der Europa und Amerika Forschung des iranischen Außenministeriums. Unsere interessanten Diskussionen über die kontroverse Politik des Präsidenten Ahmadinejads, das viel diskutierte iranische Atomprogramm, und die Möglichkeiten einer Wiederherstellung des Vertrauens zwischen dem Iran und dem Westen, wurden sogar beim gemeinsamen Mittagessen mit ExpertInnen und Diplomaten weitergeführt.

Am Nachmittag spazierten wir durch die Alleen Saadabads, besichtigten den ehemaligen Palast von Resa Schah und schlenderten über einen Teppichmarkt. In Darbands lichterreichen Ambiente am Fuße des Albarz Gebirges, kosteten wir traditionellen Speisen, wie Tschelo Kabab Koobideh (Lammspießen mit Safranreis) und Shole Zard (süßer Pudding).

3./4. Tag

In einer freundlichen Runde mit dem österreichischen Handelsdelegierten, Mag. Hartleb, erfuhren wir viel über den iranischen Außenhandel und die wirtschaftliche Situation des Landes. Die Termine, die auf nicht-iranischem Territorium stattfanden, waren für die Reiseteilnehmerinnen immer sehr willkommen, konnten doch Mäntel und Kopftücher an der Garderobe abgelegt werden. Dies gilt auch für das österreichische Kulturforum (ÖKF), unter der Leitung des österreichischen Kulturattachés Dr. W. Banyai. Eine Kulturstätte, die es geschafft hat, allen turbulenten Geschehnissen der letzten 50 Jahren

Stand zu halten. Neben ausgezeichneten Deutschunterricht besitzt es auch die beste deutschsprachige Bibliothek im Iran, die alle zwei Wochen auch Tageszeitungen aus Österreich zugesandt bekommt. Die Bücher sind alle unzensuriert, da sie nicht auf Farsi sind. Bei Vorlesungen muss jedoch eine Vor- und Selbstzensur durchgeführt werden.

Das ÖKF ist, dank eines relativ großen Kulturbudgets, die Drehscheibe für den kulturellen Austausch zwischen iranischen und deutschsprachigen Künstlern. Letztes Jahr fand in Teheran eine Mozart-Woche statt, an der österreichische Solist/-innen sowie ein iranisches Orchester teilgenommen haben. Der Besuch gab uns die Möglichkeit mit ein paar der Deutsch-Schüler/-innen beim Mittagessen ins Gespräch zu kommen und mehr über den Alltag der jungen Iraner zu erfahren.

Am Nachmittag gestatteten wir dem ehemaligen Haus von Khomeini in dem traditionellen Stadtteil Jamaran einen Besuch ab. Wir stießen auf ein simples Backsteinhaus, mit einem kleinen Hof und einer Veranda. Männer und Frauen gehen durch getrennte Eingänge und werden sorgfältig durchsucht. Durch eine Glasscheibe kann das Bett und der Schreibtisch sowie ein paar persönliche Gegenstände des Ayatollahs betrachtet werden. Neben dem recht bescheiden wirkenden berühmten Hosseinieh (Gebetsraum), gibt es noch eine Bibliothek und eine Fotoausstellung mit beeindruckenden Revolutionsbildern.

5. Tag

Um 6 Uhr in der Früh sind wir nach Assaluye geflogen. Eine heiße Wand von gefühlten 60°C knallte uns entgegen, als wir aus dem Flugzeug am Persischen Golf ausstiegen. Wir wurden von der South Pars Gas Complex Company durch das weltgrößte Offshore-Gasfeld geführt mit detaillierten Informationsvorträgen an einigen Entwicklungsphasen. Somit konnten wir uns ein sehr gutes Bild über die petrochemische Industrie machen.

Das 105 km lange Gasfeld ist eine skurrile Kulisserie aus Wüste, Meer, Industrie, Felsgebirge, und meterhohen Flammentürmen, die das überschüssige Gas verbrennen. Die mörderische Hitze sowie der Gasgeruch machte ein längeres Verweilen an der Luft fast unmöglich. Ein Erlebnis, das sich nicht so schnell aus der Erinnerung streichen lässt.

6. Tag

Nun sitzen wir hier, mit der Wasserpfeife vor unserem Schoß und gefüllten Köpfen von den unterschiedlichsten Erlebnissen, beflügelt von all den einzigartigen Erfahrungen und Impressionen die wir trotz der kurzen Zeit gesammelt hatten.

Wenn wir morgen zurück in der Heimat die Zeitungen aufschlagen und etwas über den Iran lesen, werden wir sehr viel differenziertere Bilder im Gedanken haben, die mit Sicherheit zu einem besseren Verständnis dieses Landes beitragen werden. <<



Politikdesinteresse: Nicht bei uns!

Von 12. bis 13. Oktober fanden die Außenpolitischen Gespräche der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik (ÖGA) auf Schloss Hernstein statt. **Text** Irene B. Stöckl

Freitag 7⁴⁰ Uhr, 20 Minuten vor dem offiziellen Treffpunkt. Das Erste, was man sieht, wenn man die U-Bahnstation Schottentor verlässt, ist ein riesiger Doppeldeckerbus vor dem Hotel de France und eine Gruppe Jugendlicher. Diesmal steht der Bus nicht da, um irgendwelche Touristen vom Hotel zum Flughafen zu bringen. Nein. Nicht an diesem etwas kühleren, aber sonnigen Morgen des 12. Oktober 2007. Alle sind in Anzug oder Kostüm gekleidet. Manche zittern etwas, weil sie die morgendliche Frische nicht erwartet hatten und unter normalen Umständen doch lieber im Bett geblieben wären. Aber sie können es kaum erwarten. "Wir mussten dieses Jahr extra einen größeren Bus mieten, weil sich so viele vom AFA angemeldet haben", stellte der Generalsekretär der ÖGA bereits im Vorfeld mit einem Lächeln fest. So viele hatte nicht einmal er erwartet. Immerhin zählt die AFA Delegation mehr als 40 Teilnehmer.

Mit 10-minütiger Verspätung fährt der Bus los. Die Fahrt nach Hernstein südlich von Wien dauert etwa eine Stunde. "He, wissts ihr. Von einem INCB hab ich noch nicht wirklich was gehört." "Was meinst du?" "Na, ich les da grad das Programm und da redet einer vom INCB. Das ist das International Narcotic Control Board." Schon während sich der Bus auf dem Weg aus der Stadt durch die engen Gässchen Wiens schlängelt, wird das Programm des "XXXVII Foreign Policy Talk", von den jungen AFA-Mitgliedern gründlichst unter die Lupe genommen. Fritz Bachmair hat sich das Programm als Ausdruck schon mal mit genommen.

Kaum dass das grüne Schild am Straßenrand das Seminarhotel Hernstein ankündigt, drosselt der Fahrer die Geschwindigkeit, um den Bus sanft über die Temposchwellen in der Einfahrt zum Parkplatz zu manövrieren. Seitlich des Eingangs bleibt er stehen. Bei einigen, die zum ersten Mal teilnehmen, lässt sich ein leichter Anflug von Enttäuschung nicht verbergen. Dieser moderne Bau soll ein Schloss sein? Trotzdem ziehen sie ihre Trolleys brav in Richtung Glasschiebetür. Plötzlich erhellt sich ihr Blick. Da ein Jagdschlosschen! Es hatte sich doch nur hinter diesem Betonklotz versteckt.

Herzlich Willkommen

"Herzlich willkommen in Hernstein!" steht in goldenen Lettern auf dem blauen Teppich, der im Eingangsbereich ausgerollt ist. "Herzlich willkommen", sagen auch Michael F. Pfeifer und Gregor Waldhauser. Als gut koordiniertes Empfangskomitee drücken sie jedem Teilnehmer eine graugrüne Konferenzmappe in die Hand. Mit den motivierenden Worten: "Da hinten ist der Konferenzraum, wo schon mal ein Buffet auf Sie wartet", lenken die beiden die Menschenmasse freundlich, aber bestimmt in die richtige Richtung.

Am Ende eines schlauchartigen Gangs leitet schließlich eine kleine Treppe und der ermunternde Geruch von Kaffee Jeden und Jede zu dem Raum, in dem sie in den kommenden eineinhalb Tagen mehr über die IAEO, CTBTO, UNODC, INCB und OSZE erfahren werden. Lange dauert es auch nicht bis ein Stimmwirrwarr die gute Laune der Teilneh-

mer beweist. Manche haben sich vorher noch gar nicht gekannt. Dennoch entsteht sofort ein ausgelassenes Gespräch.

Ein lautes, blechernes Klingeln. Im Eingang des Konferenzraums steht Botschafter Schallenberg. Für ihn sind es die 16. Hernsteiner Gespräche, denn seit 1995 ist er Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik. Seine Begeisterung für diese Veranstaltung und seine Tätigkeiten in der ÖGA scheinen ungebrochen zu sein. Er ist der Jugend besonders aufgeschlossen. Umso mehr freut es ihn, dass so viele junge Leute vom AFA gekommen sind. Diese Jugendlichen werden dann aber auch dazu angehalten, sich mit Fragen in die Diskussion einzubringen. Dies betont Botschafter Schallenberg ausdrücklich in seiner Eröffnungsrede.

Die Hernsteiner Gespräche sind nämlich mehr als Gedankenaustausch angelegt. Beweis dafür ist, dass nicht nur die Podiumsteilnehmer Namensschilder haben. Jede/r darf sich auf dem Tisch bei seinem Platz so ein Papierwigwam aufbauen. Die Partizipation aller ist ja eigentlich das Wichtigste. Die Vorträge der Experten, die etwas mehr als eine Stunde pro Konferenzabschnitt dauern, sollen den Diskurs unterstützen.

Die 37. Gespräche beschäftigen sich mit den in Wien ansässigen Internationalen Organisationen und ihren Beitrag zur internationalen Sicherheitspolitik. "Nachdem wir uns in den letzten Jahren mehr auf die EU und den Balkan konzentrierten, haben wir uns heuer für ein mehr internationales Thema entschieden", so Botschafter Schallenberg bei seiner Rede.

Der erste Teil ist der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der CTBTO gewidmet. Der Vertreter der Atomenergiebehörde Dr. Ronald Sturm erklärt die vielfältigen Tätigkeitsbereiche seiner Organisation. In den Medien sind ja hauptsächlich die Waffeninspektoren präsent. In den Medien kaum vertreten ist jedoch die CTBTO - der Comprehensive Test Ban Treaty Organization. Sie soll nach Inkrafttreten des Vertrags dafür sorgen, dass Atomwaffenversuche verboten sind. Die Einhaltung des Vertrags wird über weltweit installierte Kontroll- und Messstationen, die jeden Versuch registrieren sollen, überprüft.

In der anschließenden Diskussion meldet sich zunächst Botschafter Christiani, Gründungsmitglied der Vorgängerorganisation des AFA der AVA (Akademische Vereinigung für Außenpolitik). Die jungen Mitglieder des AFA sind zunächst noch etwas zaghaft. Noch immer beeindruckt, an einer so hochkarätigen Veranstaltung teilnehmen zu dürfen. Ein AFA Veteran übernimmt die Verantwortung und bricht das Eis.

Wer hat an der Uhr gedreht?

Die Zeit vergeht wie im Flug. Selbst in der Mittagspause gehen die Diskussionen weiter. Über großflächige Fenster können die Teilnehmer das vom berühmten österreichischen Architekten Theophil Hansen vollendete Schloss bewundern. Bevor Konferenz- und Seminarteilnehmer das Jagdschloss in Beschlag genommen haben, stand es im Besitz der Habsburger und diente Erzherzog Ludwig Leopold als Wohnsitz. Schöner Wohnsitz. Während im Schlosspark die großen Bäume ihr Laub bereits in herbstliche Farben tauchen, genießen die AFA Mitglieder das reichhaltige Mittagessen. Für jeden Geschmack ist was dabei. Die ersten Eindrücke machen hungrig. Die nachmittägliche Müdigkeit nach diesem ausgiebigen Essen stellt sich dennoch nicht ein. Ganz im Gegenteil.

Angespornt von den interessanten Vorträgen und Diskussionen des Vormittags haben sich die Jugendlichen nun so richtig eingelebt. Die zweite Diskussionsrunde wird für die Podiumsteilnehmer, die über die UNODC (UN Office on Drugs and Crime) und das INCB

berichten, nicht leicht. Voller Begeisterung versuchen sich die jungen AFA Teilnehmer in der Schwierigkeit ihrer Fragen zu übertreffen. Es hat keine fünf Stunden gedauert, da sind die Außenpolitischen Gespräche fest in den jungen Händen der AFA Mitglieder. Keine Spur von Politikverdrossenheit oder Desinteresse unter Jugendlichen.

Der inoffizielle Abend wird mit einem reichhaltigen Büffet eingeleitet. Die Begeisterung der Jugend reißt auch andere mit. Univ.-Prof. Schmid am Nachmittag noch Vortragender schließt sich kurzer Hand der Runde an und leert eingebettet in einem blauen Fouteille ein Gläschen Wein. Die Stunden fließen genauso schnell wie sich die Gläser leeren.

Um fünf Uhr Morgens

Plötzlich ist es nach fünf Uhr früh. Es ist nur noch einer übrig geblieben. Aus den Lautsprechern seines Laptops tönen die Gypsy Kings. In einem Gespräch mit Ivan Prandzhev sinnieren wir übers Geldverdienen und die berufliche Erfüllung. Er ist auch einer derjenigen vom AFA, die zum ersten Mal dabei sind. Er ist nicht einmal zwanzig und kommt ursprünglich aus Bulgarien. Trotz seines jungen Alters glaubt man er sei älter, so reif ist er bereits in seinen Aussagen.

Auf meine Feststellung, dass die Arbeit in der Politik in Wirklichkeit nicht das große Geld bringen würde und sehr viele finanzielle Probleme hätten, antwortet er: "Ja, aber die Arbeit macht ja wenigstens Sinn. Also wäre mir das auch noch lieber und würde mir nix ausmachen." Dennoch wir müssen schlafen gehen. Immerhin wartet am nächsten Morgen die OSZE mit Vorträgen und vor allen Dingen Diskussionen.

Die doch kurze Nacht hat bei vielen doch ihre Spuren hinterlassen. Ivan treffe ich beim letzten Mittagessen der Konferenz wieder. Er kann nicht allzu viel essen, so müde ist er. Am liebsten würde er sofort über seinen Zetteln einschlafen. Auf diesen sind Notizen über die OSZE zu erkennen. "Du warst eh bei den Vorträgen und hast ja sogar Notizen gemacht", frage ich ihn. "Ja, ja, natürlich", so seine Antwort. Für mehr Konversation reicht seine Kraft einfach nicht mehr.



Schloss Hernstein. Jugend und Politikinteresse sind kein Widerspruch.

Alle sind erschöpft, aber fröhlich

Bei der Abfahrt ist diesmal der Bus verspätet. Den meisten ist es fast egal. Das Stimmenwirrwarr hat sich auf den Vorplatz des Seminarhotels verlegt. Nachdem jeder eingestiegen ist, haben alle auch schon ihre Plätze gefunden. Nichts vom engen Bus, jeder ist doch irgendwie froh, sich ein bisschen ausruhen zu können. Obwohl es den einen oder anderen gibt, der nach Erzherzog Leopold Ludwig Schloss Hernstein zu seinem Wohnsitz erklären will. Stefan Windberger, der extra aus Graz gekommen ist, will am liebsten noch einen Tag Außenpolitische Gespräche anhängen - ja sogar eine Woche wären ihm mehr als recht. Dennoch, Samstag am frühen Nachmittag setzt sich der Bus in Bewegung. Die eigene Erschöpfung will jeder so wirklich wahr haben "Nein, ich werd' schon nicht schlafen", sagt Moritz und sinkt in den Sessel ganz hinten im Bus. 20 Minuten nach Abfahrt schläft er dann doch erschöpft ein. Eine aufregende Konferenz voller interessanter und spannender Themen ist zu Ende gegangen. All das was er in den vergangenen Tagen gelernt hat, wird er in sein Wissen und seinen Erfahrungsschatz aufnehmen. Denn Moritz Haller ist genauso wie seine 40 Kollegen vom AFA von Außenpolitik und internationalen Themen begeistert und saugt alles wissenshungrig in sich auf - egal was andere behaupten. <<



Sustainable Future Campaign

Nachhaltiges Denken einfordern

Die internationale Initiative "Sustainable Future Campaign" setzt sich für mehr nachhaltige Entwicklung in den verschiedensten Bereichen des Lebens ein.

Text Michael Wildling

■ **Die Forcierung von nachhaltigem Denken** ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Gerade die Jugend von heute muss sich mit diesem Themenkreis auseinandersetzen", sagt Josef Mantl. Er ist Initiator und Sprecher der "Sustainable Future Campaign". Diese internationale Initiative setzt sich in verschiedenen Bereichen wie "Sustainable Politics", "Sustainable Economy" oder "Sustainable Science", mit eben dieser Problematik auseinander. Gerade junge Opinion Leader sollen die Möglichkeit bekommen die Ist-Situation zu analysieren und mit namhaften Persönlichkeiten generationenübergreifend die zukünftige Entwicklung zu diskutieren. So konnten z.B. Umweltminister Josef Pröll, Öl-Magnat Rudi Roth oder der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl für Veranstaltungen gewonnen werden. Auch die Liste der Unterstützer ist lang: Nicht nur öffentliche Stellen, wie zahlreiche Ministerien und Sozialpartner wurden für die Initiative gewonnen, sondern auch die Privatwirtschaft

zeigt ihre Zustimmung. Prominente Partner: Der international tätige Abfallentsorger Saubermacher oder das Familienunternehmen J.Hornig Kaffee.

"Wir wollen das große Wort ‚Nachhaltigkeit‘, das ja immer mehr zu einem Modewort wird, nicht einfach im Raum stehen lassen. Es gilt genau dieses Wort auf den alltäglichen Lebensbereich herunterzubrechen", erklärt Mantl. Ziel sei es einerseits die Jugend, aber vor allem auch die Entscheidungsträger in Politik und Privatwirtschaft noch mehr für dieses Thema zu sensibilisieren. Die "Sustainable Future Campaign" versteht sich auch als Think-Tank zur sinnvollen und zukunftsorientierten Ressourcennutzung.

Die Idee für eine Nachhaltigkeitsinitiative entstand bei Mantl durch zahlreiche Gespräche in der Wiener UNO-City und im UNO-Hauptquartier in New York, insbesondere aber mit der Nachwuchsgeneration: "Ich habe gemerkt, dass es hier Handlungsbedarf gibt." Vor allem die im September 2000 ver-

abschiedeten "Millennium Development Goals" seien für ihn eine große Inspiration gewesen. Die acht Ziele, von der Bekämpfung von Hunger und Armut bis zur Erreichung einer allgemeinen Grundbildung und dem Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, wurden formuliert, um die imminentesten Probleme der Menschheit bis 2015 anzupacken. Eines der wichtigsten Ziele ist die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung im Umweltbereich.

Die Nachhaltigkeitsinitiative "Sustainable Future Campaign" hat Aktivitäten bis Ende 2008 geplant. Darunter finden sich Diskussionen, Seminare, Kultur-Events, "music4future", die Verleihung von "Sustainable Future Awards" an besonders nachhaltigkeitsorientierte Unternehmen und Persönlichkeiten und die Kommunikation im world wide web durch die Nutzung von New and Social Media.

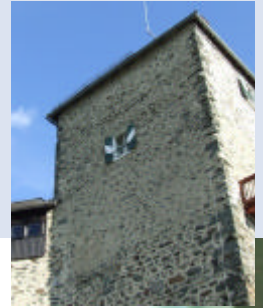
<<



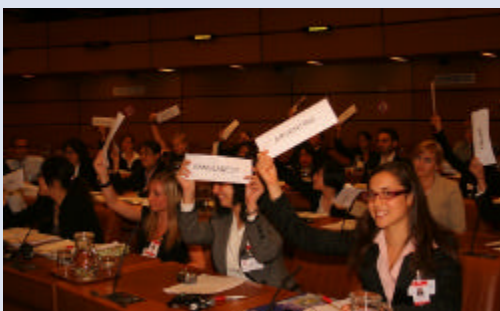
Jour Fixe Lunch with the Executive Secretary of CTBTO, Amb. Tibor Tóth, 13.09.2007



Europe Forum Neumarkt at Forchtenstein Castle in Styria, 13. - 15.07.2007



Vienna International Model United Nations at UN Headquarters in Vienna, 05.08 - 09.08.2007



Participation at the awarding ceremony of the "Bruno Kreisky Honorary Prize for Merits on Human Rights" to former UN Secretary General Kofi A. Annan, 11.09.2007

